

die umwelt

Natürliche Ressourcen in der Schweiz



Eine Bühne für die Umwelt

Wie Umweltkommunikation informiert, rät und warnt



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Umwelt BAFU

Aufmerksamkeit für die Umwelt



Bild: zVg.

Im Sommer orientieren wir uns über die Belastung der Luft mit Pollen, Ozon und Feinstaub oder über die Temperatur der Aare; winters halten wir uns auf dem Laufenden über Schneeverhältnisse und Lawinengefahr; und das ganze Jahr über verfolgen wir die Wetterprognosen. Kein Zweifel: Daten über die Umwelt stossen auf grosses Interesse. Das Bundesgesetz über den Umweltschutz von 1985 fordert, die Öffentlichkeit sei über den Zustand der Umwelt zu informieren. Über diese rechtliche Pflicht hinaus liegt dem BAFU selbst aber auch sehr daran, seine Daten über Boden, Luft, Wasser und Biodiversität zu veröffentlichen. Denn sie liefern die wissenschaftliche Grundlage für die Massnahmen, die es in der Zusammenarbeit mit politischen Entscheidungstragenden, den Kantonen, den Nichtregierungsorganisationen und anderen gesellschaftlichen Akteuren zum Schutz der Umwelt umzusetzen gilt. Wissenschaftlich fundierte Informationen vermitteln will das BAFU auch zu jenen Themen und Prozessen, die politisch diskutiert werden oder in der Öffentlichkeit aktuell sind.

Entsprechend der Vielzahl der Aufgaben, die das Amt zu erfüllen hat, bedient es sich der unterschiedlichsten Formate und Kanäle: Es veröffentlicht im Internet gesammelte Hintergrundinformationen zu aktuellen Anlässen und Medienmitteilungen, mit denen es politische und gesetzgeberische Geschäfte begleitet, unterstützt mit Vollzugshilfen die Kantone bei der Umsetzung umweltrelevanter Massnahmen, richtet sich mit wissenschaftlichen Berichten an Umweltbüros oder Naturschutzorganisationen und lanciert gemeinsam mit Akteuren aus der Wirtschaft Kampagnen für umweltgerechte Produkte. Nicht zuletzt wendet sich das BAFU mit eigenen Publikationen auch an die Bevölkerung. Ein wichtiges Potenzial erkennt das Amt zudem im Bereich Citizen Science, in dem die Bevölkerung in die Sammlung von Daten und Fakten über die Umwelt einbezogen wird und zugleich ihr Verständnis für ökologische Zusammenhänge schärft.

Das vorliegende Magazin wirft ein Streiflicht auf die Umweltkommunikation – und zwar nicht nur auf jene des Bundes: Denn auch Kantone oder Gemeinden richten sich an die Bevölkerung, die sie oft durch persönliche Kontakte oder innovative Aktionen erreichen, um wichtige Umweltanliegen voranzubringen. Wer an sein Zielpublikum gelangen will, muss heute, in einem mit Informationen oft gesättigten Umfeld und angesichts grassierender Fake News, mit glaubwürdigen Informationen aufwarten und sie für die verschiedenen Kanäle attraktiv aufbereiten. Der Umgang mit neuen Medien ist auch für Behörden eine Herausforderung.

Sujets aus vergangenen und aktuellen Umweltkampagnen prägen das visuelle Konzept des vorliegenden Dossiers. Denn: Werbung ist ein Kommunikationsmittel von vielen. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Marc Chardonnens | Direktor BAFU

Dossier

KOMMUNIKATION

- 8** Wie Kantone und Gemeinden kommunizieren
- 13** Was es für gute Kampagnen braucht
- 18** Wie Umweltschutz gestärkt wird
- 22** Wie das Internet die Welt verändert
- 25** Was Übersetzende leisten
- 28** Wie am besten vor Naturgefahren warnen?
- 33** Wie Forschung zur Bevölkerung kommt
- 36** Wie alles begann



Montage: FRANZ&RENÉ

Um ihren Anliegen Gehör zu verschaffen, schalten Behörden und Umweltorganisationen unter anderem Kampagnen. Auf den Seiten des Dossiers dieser Ausgabe finden sich lose verteilt Beispiele der vergangenen Jahre (S. 8–39).

360°

- 44** **Landschaftsschutz**
Raumlabor auf Erden
- 49** **Umwelttechnologie**
Durchstarten dank BAFU-Förderung
- 52** **Altlasten**
Sanieren für neuen Wohnraum
- 56** **Lärm**
Der Bund lässt nicht locker
- 59** **Umweltrecht**
Kontrollen mit Augenmass

HEFTMITTE: Zeitlicher Abriss über die Geschichte der Kommunikation

RENDEZ-VOUS

- 4** Tipps
- 6** Bildung
- 7** Unterwegs
- 40** Vor Ort
- 42** International
- 43** Recht
- 62** Aus dem BAFU
- 62** Impressum
- 63** Meine Natur
- 64** Vorschau

GRATIS ABONNIEREN

www.bafu.admin.ch/leserservice

FACEBOOK-FANPAGE

www.facebook.com/UmweltMag

KONTAKT

magazin@bafu.admin.ch

TITELBILD

Kampagnen verschaffen Umwelthanliegen eine öffentliche Bühne.

IM INTERNET

www.bafu.admin.ch/magazin

Tipps



Bild: Stadt Baden

Leuchtende Beispiele

Aus dem ehemaligen ABB-Parkplatz wird eine artenreiche Streuobstwiese: Am Martinsberg stehen nun Obstbäume statt Autos. Oder die Idee des Quartiervereins Kappelerhof, ein Wildbienenparadies zu schaffen, schlägt Wurzeln (im Bild). Öffentliche Grünflächen werden in Baden (AG) nach vereinbarten Grundsätzen naturnah gestaltet und gepflegt. Eine Auswahl solcher Aufwertungsprojekte finden sich auf der Website der Stadt, inklusive Projektbeschreibung, Kosten und Kontaktperson für Nachfragen.

baden.ch > Stadt&Behörde > Stadtentwicklung
> Projekte > Landschaft und Naturraum

Globis neue Arten

Seit jeher erobern Tiere und Pflanzen neue Lebensräume. Im Zug der Globalisierung im 20. Jahrhundert haben Wanderungen und Neubesiedlungen an Dynamik gewonnen. Manche der Arten verbreiten sich in ihrem neuen Gebiet so stark, dass sie die einheimischen zu verdrängen beginnen. Diese «invasiven Arten» beeinflussen unsere Ökosysteme, Landschaftsbilder und bisweilen unsere Gesundheit. Forscher Globi hat dazu viele Reisen unternommen, mit Forschenden gesprochen – und erzählt darüber in einem neuen Sachbuch für Kinder und Jugendliche.

«Globi und die neuen Arten», CHF 29.90, ISBN: 978-3-85703-108-3

Bewährter Ratgeber



Wie koche ich saisongerecht? Welche Fisch- und Meeresfrüchtearten sind empfehlenswert, und welche Fangmethoden sind die nachhaltigsten? Was garantieren die verschiedenen Lebensmittellabels? Wo befindet sich das nächste Goût-Mieux-Restaurant? Welches sind die effizientesten Haushaltgeräte? Und mit welchen Beleuchtungsmitteln lässt sich am meisten Strom sparen? Die «WWF Ratgeber»-App ist eine bewährte Begleiterin auf dem Weg in ein bewusstes und nachhaltiges Leben.

Gratis, für iPhone und Android
wwf.ch

Alle meine Naturfreunde



«Am liebsten würde ich diese App heiraten», schreibt ein User in seiner Bewertung. Mehr als zehn Millionen Beobachtungen wurden bisher gemeldet, knapp eine Million Menschen sind weltweit registriert: Mithilfe der App «iNaturalist» lassen sich Pflanzen und Tiere bestimmen und entsprechende Beobachtungen auch mit den anderen registrierten Naturfreunden und Wissenschaftlerinnen diskutieren. Die Daten werden zudem für die Wissenschaft verwendet, insbesondere für Biodiversitäts-Forschungsprojekte.

Gratis, für iPhone und Android (in E)
naturalist.org

Orchideen finden

Wanderführer und Bestimmungsbuch in einem: Die 24 geschilderten Routen führen zu Orten in der Schweiz, an denen einheimische Orchideen bewundert werden können; so etwa auf artenreichen Blumenwiesen und in feuchten Rieden, an trockenen Südhängen und in schattigen Wäldern, an Strassenböschungen und auf hoch gelegenen Alpweiden.

Zahlreiche Orchideenarten werden in Wort und Bild vorgestellt, was das Finden und Bestimmen vereinfacht. Hinzu kommen Hintergrundinformationen zu Biologie und Ökologie sowie praktische Tipps.

«Orchideenwanderungen – 24 Routen zu Hotspots in der Schweiz», Beat und Claudia Wartmann, CHF 38.–, Haupt Verlag, ISBN: 978-3-258-08057-4



Bild: zVg.

Filme für die Erde

Für Liebhaber von Natur- und Tierfilmen oder Dokumentarfilmen über Umwelt und Nachhaltigkeit: Am Freitag, 21. September 2018, steigt zum achten Mal das Festival «Filme für die Erde» an 16 Austragungsorten in der Schweiz. Dabei wird das Video «Schweizer Gewässer: Alles klar?» von der Abteilung Wasser des BAFU zu sehen sein. Es geht vor allem darum aufzuzeigen, mit welchen Herausforderungen Schweizer Gewässer konfrontiert sind und welche Massnahmen zu deren Schutz eingeleitet wurden.

filmfuerdieerde.org/festival

Wildbienen fördern

Das Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) hat einen Ratgeber zum Umgang mit Wildbienen publiziert. Das Merkblatt «Wildbienen fördern – Erträge und Pflanzenvielfalt sichern» zeigt anhand zahlreicher Massnahmen, wie Wildbienen gefördert werden können und dadurch auch die landwirtschaftliche Produktion profitiert.

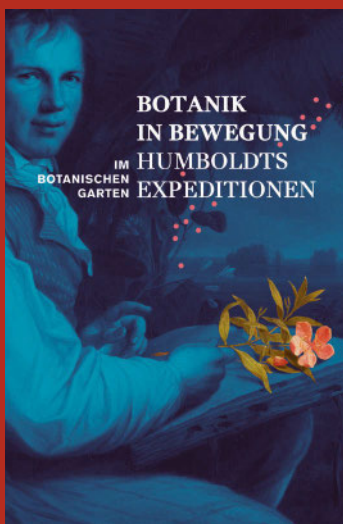
shop.fibl.org > Suche nach Publikation Nr. 1083

Schaut nach oben!

In «Urban Birding» schildert David Lindo, einer der bekanntesten Vogelbeobachter Grossbritanniens und BBC-Moderator, wie er seiner Leidenschaft in Städten nachgeht. Sein Motto: «Schaut nach oben!» – denn, so seine Begründung, der Grossstadtdschungel mit seinen Strassen und Parkanlagen halte für Vogelfreunde einige Überraschungen bereit.

«Urban Birding» (D), CHF 22.30, Kosmos-Verlag, ISBN: 978-3-440-15857-9

Botanik in Bewegung



Mit einer Ausstellung ehrt der Botanische Garten in Bern Alexander von Humboldt (1769–1859). Der deutsche Naturforscher gilt als Wegbereiter der Ökologie und als Begründer der Pflanzengeografie. Seine mehrjährigen Forschungsreisen führten ihn nach Lateinamerika, in die USA und nach Zentralasien, wo er wissenschaftliche Feldstudien betrieb. Ihm gelang es, die Pflanzenvielfalt nicht nur als eine Sammlung einzelner Arten zu erfassen, sondern sie in einen geografischen Kontext zu stellen.

Bis zum 30. September 2018 beleuchtet die Ausstellung «Botanik in Bewegung – Humboldts Expeditionen» das botanische Werk und abenteuerliche Leben Humboldts. Neben der Ausstellung gibt es Führungen, Konzerte, Lesungen, Filme und Zeichenworkshops für Kinder und Erwachsene sowie Angebote für Schulklassen.

Die Ausstellung ist ein interdisziplinäres Gemeinschaftsprojekt des Botanischen Gartens und des Instituts für Germanistik der Universität Bern.

botanik-in-bewegung.ch

Alles zur Jagd

Im Auftrag des BAFU realisierte Wildtier Schweiz eine umfangreiche Wissens- und Datenplattform der eidgenössischen Jagdstatistik. Sie beinhaltet Bestands- und Abschusszahlen sowie Totfunde aller jagdbaren, geschützten und ortsfremden Säugetierarten in der Schweiz und ausserdem deren Jagd- und Schonzeiten. Zudem gibt es Hintergrundinformationen zu allen Schweizer Säugetieren, Vögeln, Reptilien, Amphibien und Fischen sowie zu Gesetzesgrundlagen und Jagdsystemen.

uzh.ch/wild/ssl-dir/jagdstatistik

Die grüne Reise



Von Schaffhausen nach Genf in sieben Tagen: Die neue E-Bike-Route «La Route Verte» führt durch die sechs Regionalen Naturpärke Schaffhausen, Jurapark Aargau, Thal, Doubs, Chaseral und Jura vaudois. Die rund 470 Kilometer lange Reise kann als einwöchiges Pauschalangebot mit Übernachtungen und Gepäcktransport bei Eurotrek gebucht werden. Sie verspricht ein eindrückliches Naturerlebnis und soll dazu einladen, «die Menschen kennenzulernen, die den Jurabogen prägen: von der Winzerin bis zum Züchter der Freiberger».

eurotrek.ch

Bildung



Bild: BirdLife-Naturzentrum La Sauge

Faszination Vogelzug

Im Herbst machen sich die Vögel auf den Weg in den Süden und fliegen in grossen Schwärmen über die Schweiz. Am internationalen Zugvogeltag EuroBirdwatch vom 6. und 7. Oktober 2018 haben Interessierte vielerorts die Möglichkeit, Zugvögel zu beobachten und mehr zum Thema zu erfahren – auch im BirdLife-Naturzentrum La Sauge. Dort können Besucherinnen und Besucher Zugvögel auf geführten Exkursionen verfolgen oder Wissenschaftlern über die Schulter schauen, die Vögel zu Beobachtungszwecken beringen. Mit dem Zugvogeltag will der Schweizer Vogelschutz nicht nur auf die Faszination der Vogelzüge aufmerksam machen, sondern auch die Gefahren aufzeigen, welche die Tiere auf ihrer Reise in den Süden meistern müssen.

Das BirdLife-Naturzentrum La Sauge zwischen Ins (BE) und Cudrefin (VD) befindet sich am Nordende des Neuenburgersees und am Rand der zwei international bedeutenden Naturschutzgebiete Fanel und Cudrefin.

6. und 7. Oktober, 9–18 Uhr, birdlife.ch/lasauge, Erwachsene: CHF 8.–, Kinder 6–16 Jahre: CHF 5.–

Ode an die Natur

Zur Einweihung sangen die Schülerinnen und Schüler die «Ode an die Freude» von Ludwig van Beethoven. Und nun folgt eine Ode an die Natur: Das Schulhaus Hermesbühl in Solothurn hat seinen ersten Schulhausgarten. Im nahe gelegenen Kapuzinerkloster können vier Klassen und der Kindergarten einen Teil der Klosteranlage nutzen, um erste Erfahrungen im «Gärtnern» zu sammeln. Das verschafft ihnen praktischen Einblick in biologische Vorgänge und vermittelt Kenntnisse in den Bereichen Nahrung und Ernährung.

schulleitung.hermesbuehl@solothurn.ch

Jede Zelle zählt

Auf den Dächern der Sekundarschulen in den Zürcher Gemeinden Marthalen, Dieltikon, Ossingen, Andelfingen und Elsau-Schlatt prangen seit ein paar Wochen Solaranlagen. Möglich gemacht hat das die Kampagne «Jede Zelle zählt – Solarenergie macht Schule!» (JZZ) des Klimaschutzvereins myblueplanet. Zusammen mit Schülerinnen und Schülern baut der Verein Solaranlagen auf Schulhausdächern. Damit will er Jugendliche und deren Umfeld für die Themen Klima, Energie und Umwelt sensibilisieren. Schweizweit beteiligen sich bis jetzt 17 Schulen an der Aktion.

jzz.ch

Raus, aber richtig

Was bedeutet «draussen unterrichten» konkret? Welche Bedürfnisse haben Lehrkräfte? Wie lassen sich alle Fächer in ausserschulische Angebote integrieren? An der diesjährigen Erfa-Tagung erhalten Anbieter naturbezogener Umweltbildung Hinweise, wie sie ihre Zusammenarbeit mit Schulen verbessern können.

22. September 2018, Bildungszentrum Wald, Lyss (BE); Anmeldung: silviva.ch > Weiterbildung > Tagung

Nachhaltige Beschaffung

Eine nachhaltige Beschaffung gewinnt in Gemeinden und Städten zunehmend an Bedeutung. Wer seine Beschaffungsaufträge an wirtschaftliche, ökologische und soziale Kriterien knüpft, kann seine Glaubwürdigkeit erhöhen und viel zum Schutz der Umwelt und zu fairen Arbeitsbedingungen beitragen. Der Pusch-Kurs «Öffentliche Beschaffung nachhaltig und rechtskonform gestalten» gibt einen Überblick über die rechtlichen Rahmenbedingungen, die verschiedenen Verfahrensarten sowie über Instrumente und Hilfsmittel. Beispiele aus der Praxis zeigen, wie die Umsetzung gelingen kann.

Der eintägige Kurs richtet sich an Beschaffungsverantwortliche in Behörden und Verwaltung, Mitglieder von Energie- und Umweltkommissionen oder Fachpersonen aus dem Gemeindeumfeld. Er wird von der Fachstelle ökologische öffentliche Beschaffung des BAFU unterstützt.

27. November 2018, Olten (SO), Mitglieder Pusch: CHF 370.–
Nichtmitglieder: CHF 490.–

Info und Anmeldung:
pusch.ch/agenda

Unterwegs



Die Wanderung lohnt sich vor allem im Spätherbst, wenn sich die Nadeln der Lärchen goldgelb verfärben.

Bild: Beat Jordi

Lärchen im Lötschental

Auf dem Lötschentaler Höhenweg sieht man viel alpine Vegetation – und mit Glück auch Murmeltiere, Gämsen, Hirsche, Steinböcke oder Steinadler. Text: Beat Jordi

Von der Postautostation Wiler im Walliser Lötschental führt eine Seilbahn in wenigen Minuten bequem auf die rund 2000 Meter hoch gelegene Lauchernalp. Von hier aus verläuft der gut ausgebaute Höhenweg am Sonnenhang – via Weritzalp, Tellialp, Schwarzsee und Fafleralp – in den Talgrund nach Blatten.

Spuren der Naturereignisse

Die etwa 14 Kilometer lange Wanderung durch die alpine Vegetation mit ihren Wildblumen, Zwergsträuchern aus Heidengewächsen und lichten Lärchenwäldern fasziniert insbesondere im Spätherbst, wenn sich in kalten Nächten die Nadeln der robusten Gebirgsbäume goldgelb verfärben, bevor diese sie dann ganz verlieren.

Schon kurz nach der Lauchernalp fallen die Anrissstellen der Murgänge in den Wildbächen auf, die im Oktober 2011 – nach intensiven Niederschlägen und einem raschen Anstieg der Nullgradgrenze – schwere Schäden in den vier Talgemeinden Blatten, Wiler, Kippel und Ferden anrichteten. Unmengen an Geschiebe

spülten Brücken weg, schütteten auf mehreren Hundert Metern ganze Strassen zu, zerstörten Leitungen und setzten Häuser unter Wasser.

Die Spuren der Naturereignisse haben sich bis heute in die Kulturlandschaft eingegraben, auch wenn die mehr als 20 Dreitausender mit dem fast 4000 Meter hohen Bietschhorn die friedliche Szenerie nun wieder dominieren. Eine Idylle ist auch der in einer Mulde gelegene Schwarzsee, wo sich ein Picknick lohnt. Über Kilometer begleitet uns linker Hand der rund 3200 Meter hohe Petersgrat, ein vollständig vergletscherter, breiter Bergrücken, der zur europäischen Hauptwasserscheide gehört. Nordwärts fliesst das Schmelzwasser via Gasteren- und Lauterbrunnental in die Aare und danach dem Atlantik zu, während es im Süden über die Flüsse Lonza und Rhone ins Mittelmeer gelangt.

Nach einem kurzen Abstieg auf die Fafleralp naht das Tor des Langgletschers. Die Landschaft gehört seit 2001 zum UNESCO-Weltnaturerbe «Jungfrau-Aletsch-Bietschhorn». Der letzte Abschnitt nach Blatten führt – an fachgerecht restaurierten Trockenmauern vorbei – über einen Pilgerweg. Wer Glück hat, kann unterwegs Murmeltiere, Gämsen, Hirsche, Steinböcke oder Steinadler erspähen, doch auch Alpenstein-, Birk- und Alpenschneehuhn finden hier einen noch weitgehend ungestörten Lebensraum.

Kantone und Gemeinden

«Es geht vor allem um Vertrauen»

Nicht nur der Bund informiert die Öffentlichkeit in Sachen Umwelt, auch die Kantone und Gemeinden stehen in der Pflicht. Dabei kommen die unterschiedlichsten Instrumente zum Einsatz – von Klimageschichten bis zu rülpsenden Abfallmonstern. **Text:** Kaspar Meuli

Über die Umwelt wird an den unterschiedlichsten Schauplätzen kommuniziert. Zum Beispiel in der Küche von Mathieu und Mireille Berthold im jurassischen Ocourt. Dort setzte sich Stève Guerne, Revitalisierungsspezialist im Umweltamt des Kantons Jura, vor ein paar Jahren regelmässig an den Holztisch und sprach mit dem jungen Bauernpaar über die ökologische Aufwertung der Motte, eines Bachs, der direkt neben dem Hof der Familie durchfliesst und wenig später in den Doubs mündet. Auf einer Länge von gut 500 Metern, so sah das Revitalisierungsprojekt des Kantons vor, sollte die Motte ein neues, naturnahes Gesicht erhalten. Um die Bertholds als Landbesitzer von diesem Vorhaben zu überzeugen, brauchte es viel kommunikatives Geschick.

Umweltkommunikation findet an überraschenden Orten statt und bringt ganz unterschiedliche Akteure auf den Plan. Oft sind die Anstrengungen von Erfolg gekrönt, manchmal gilt es, sich mit bescheideneren Resultaten zufriedenzugeben.

Goodwill dank Transparenz

Stève Guerne spricht aus langjähriger Erfahrung, wenn er sagt: «Entscheidend dafür, ob sich ein Projekt realisieren lässt, ist die Kommunikation mit den Bauersleuten und den übrigen Landbesitzenden.» Bevor ein Projekt überhaupt geplant wird, verbringt er jeweils Stunden damit, Goodwill zu schaffen. Seine goldene Regel: «Wir bringen nie Pläne mit, sondern nur Luftaufnahmen. Das macht psychologisch gesehen einen Riesenunterschied, denn wenn die Leute Pläne sehen, haben sie das

Gefühl, der Mist sei längst geführt.» Dem ehemaligen Förster geht es vor allem um Vertrauen, denn ohne diese Basis seien Aufwertungsprojekte zum Scheitern verurteilt. «Vom Gesetz her könnten wir für Revitalisierungen zwar auch Landenteignungen

«Die Menschen müssen sich ein Projekt vorstellen können, dazu reichen ein paar Profile in der Landschaft nicht.»

Renato Roffler | Gemeinde Bever (GR)

vornehmen, aber das spricht sich herum. Wer würde dann noch mit uns zusammenarbeiten?» Deshalb sieht Stève Guerne seine wichtigste Aufgabe darin, zuzuhören und die Bedürfnisse und Ängste seines Gegenübers ernst zu nehmen.

Baufortschritt im Internet

Ängste mussten keine mehr abgebaut werden, als an der Gemeindeversammlung von Bever (GR) wieder einmal die Revitalisierung der Innauen zur Sprache kam. Die Begeisterung für das Grossprojekt war längst geweckt. Das ganze 600-Seelen-Dorf freut sich heute an der ökologischen und landschaftlichen Aufwertung vor der eigenen Haustür. Kritische Stimmen seien nicht mehr zu vernehmen, erzählt Gemeindeverwalter Renato Roffler, im Gegenteil: «Nach Abschluss der ersten Etappe im Jahr 2015

wollten viele Leute wissen, wann wir endlich mit der Revitalisierung weitermachen.» So war es keine Überraschung, als im März 2016 der Kredit für die zweite, mehr als doppelt so lange Etappe ohne Gegenstimmen genehmigt wurde.

Dass das zu Beginn umstrittene Revitalisierungsprojekt schliesslich zu einer Erfolgsgeschichte wurde, hat nach Ansicht von Renato Roffler nicht zuletzt mit gelungener Kommunikation zu tun. «Die Menschen müssen sich so etwas vorstellen können, dazu reichen ein paar Profile in der Landschaft nicht. Es braucht Informationsveranstaltungen und Visualisierungen.» Auch im Internet macht die

Gemeinde das Projekt zum Thema. Stichwort: «Der Inn bei Bever wird wieder wild.» Auf der Website innauen.ch liess sich via Webcam unter anderem der Baufortschritt der ersten Etappe mitverfolgen. Und der viel gelesene Revitalisierungsblog berichtete Anfang 2018: «Im vergangenen Herbst konnten erstmals Biber und Fischotter beobachtet werden! Woher sie von der Revitalisierung und dem neuen Lebensraum erfahren haben, bleibt ihr Geheimnis. Doch das Auftauchen dieser zwei Arten, die sehr hohe ökologische Ansprüche an ihren Lebensraum stellen, ist sicher ein Kompliment an alle, die an der Revitalisierung mitbeteiligt sind!»

Mit Testimonials zum Torfverzicht

Das BAFU betreibt Umweltkommunikation nicht nur in grossen Kampagnen. BAFU-Mitarbeiterin Véronique Ruppert Schmitt von der Sektion Konsum und Produkte erklärt, welche Rolle die Kommunikation bei der Reduktion des Torfverbrauchs spielt, für die sich das BAFU zusammen mit Unternehmen aus Detailhandel, Gartenbau, Erdenproduktion und dem Verband JardinSuisse einsetzt. Hintergrund dieser Bemühungen: In der Schweiz sind die Moore zwar seit 1987 geschützt, und es darf kein Torf mehr abgebaut werden, doch es werden jährlich 500 000 Kubikmeter importiert. Das soll sich nach dem Willen des Bundesrats ändern, denn der Torfabbau schädigt das Klima und bedroht die Biodiversität.

«Wir streben an, den Verbrauch von Torf gemeinsam mit engagierten Akteuren aus der Wirtschaft etappenweise zu reduzieren», sagt Véronique Ruppert Schmitt. Damit sich die freiwillig festgelegten Reduktionsziele erreichen liessen, brauche es zusätzlich koordinierte Kommunikationsmassnahmen. So erstellt das

BAFU Grundlagenmaterial, damit alle dieselben Begriffe verwenden, mit den gleichen Fakten operieren und übereinstimmende Botschaften vermitteln, wenn sie auf ihren eigenen Kanälen für das torffreie Gärtnern werben. Dazu gehören unter anderem sogenannte Testimonials, also Zitate oder persönliche Berichte, in denen Hobby- und Berufsgärtnerinnen und -gärtner erzählen, dass der Verzicht auf Torf leichter fällt als gedacht. So erklärt etwa Gisela Bertoldos, Präsidentin des Zentralverbands der St. Galler Familiengärten: «Mein Garten braucht keine weit gereiste Erde.»

In der Kommunikation ging das BAFU einen neuen Weg: Anfang April 2018 wurden schweizweit 640 Lokalanzeiger mit Informationen und dem Medientext «Torffrei gärtnern: So gedeihen Pflanzen umweltschonend ohne Torf» zur freien Publikation bedient. «Bei diesem Thema haben wir es als sinnvoll erachtet, die Bevölkerung auf diesem Weg zu sensibilisieren», sagt Medienchefin Rebekka Reichlin.

Neu auch mit Repression

Für ein ganz anderes Umwelthanliegen macht sich die Stadt Lausanne stark. Hier sorgte in den vergangenen Jahren eine ungewöhnliche Anti-Littering-Kampagne für Aufsehen. Die Stadtverwaltung verwandelte Abfalleimer in ihren Strassen, auf Plätzen und in Grünanlagen in zähnefletschende Monster. Der Clou dabei: Bei jedem Einwurf gaben sie schmatzende Geräusche von sich. Daher der lautmalersche Name der Aktion: «Slurp». In einem zweiten Schritt wurden mobile, ferngesteuerte Abfalleimer eingesetzt, die in den Sommermonaten unter anderem vor Schulen und am stark frequentierten Seeufer vorfuhren. «Wir sagten uns: Wenn ihr nicht zum Kübel kommt, kommt der Kübel halt zu euch», erläutert Stéphane Beaudinot, Chef des städtischen Reinigungsdienstes, die Idee.

Über fehlende Aufmerksamkeit konnte sich «Slurp» nicht beklagen. Rülpsende Abfallmonster und mit Sonnenenergie betriebene mobile Kehrichteimer lieferten den Medien dankbare Foto- und Filmsujets. Und auch die Bevölkerung – allen voran die Kinder – begegnete «Slurp» mit viel Sympathie. Ein voller Erfolg war die Kampagne trotzdem nicht, denn auf das Littering wirkte sie sich kaum aus. «Wer seinen Abfall bereits korrekt entsorgt, fühlte sich bestärkt», bilanziert Stéphane Beaudinot,

«doch die Leute, die ihren Müll einfach liegen lassen, haben wir nicht erreicht.»

In Lausanne zieht man deshalb andere Saiten auf. Seit dem 1. Dezember 2017 drohen Abfallsünderinnen und -sündern saftige Bussen. Egal ob Getränkedose, Bierflasche oder Zigarettenstummel: Wer Abfall liegen lässt, bezahlt 150 Franken. Zur Einführung des strengen Regimes musste erst das Polizeireglement des Kantons Waadt geändert werden. Nun darf nicht nur die Polizei Bussen verteilen,

«Es gibt eine kleine Minderheit, die sich nicht an die Regeln hält.»

Stéphane Beaudinot | Chef Reinigungsdienst Stadt Lausanne

sondern auch speziell ausgebildete Beamte sind dazu ermächtigt. Stéphane Beaudinot kommentiert die Neuerung nüchtern: «Wir haben es mit Information und Sensibilisierung versucht, doch es gibt eine kleine Minderheit, die sich nicht an die Regeln hält. Deshalb zählt im Kampf gegen Littering inzwischen auch Repression zu unseren Werkzeugen.»

Auftraggeber: EnergieSchweiz, BFE, BFU, ASTRA (ab 2015) | Umsetzung: ibl und Partner

SIE KÖNNEN DAS RAD NEU ERFINDEN: MIT BESSEREN AUTOREIFEN!

SCHNELLER BREMSEN. LEISER FAHREN. TREIBSTOFF SPAREN.

WWW.REIFENETIKETTE.CH

energieschweiz
Unter. Engagiere. unsere Zukunft.

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Energie BFE
Bundesamt für Strassen ASTRA
Bundesamt für Umwelt BAFU

Schweinchen mit Sprechblase

Für Umweltbelange sensibilisieren auch die Busse des öffentlichen Verkehrs im Kanton Solothurn. Und dies mithilfe der Bildschirme, die den Reisenden mit Informationen und Werbung die Fahrzeit verkürzen. Dort zeigte das kantonale Amt für Umwelt diesen Frühling ein im Cartoon-Stil gezeichnetes rosa Schweinchen mit Sprechblase («Aber das Klima kann euch doch nicht wurst sein ...») und die Aufforderung, öfter mal einen Vegitag einzulegen und so nicht nur das Klima, sondern auch das Portemonnaie zu schonen.

Der augenzwinkernde Klimatipp ist Teil einer ganzen Palette von Kommunikationsmassnahmen, die aus dem kantonalen Aktionsplan zur Anpassung an den Klimawandel hervorgegangen sind. «Wir wollen Fakten präsentieren, aber ohne mit dem Zeigefinger zu drohen und Schuld zuzuweisen», erklärt Rosemarie Zimmermann die Strategie. Die Kommunikationsverantwortliche im kantonalen Amt für Umwelt setzt auf sogenanntes Storytelling. So werden auf der Website klimageschichten.ch Menschen porträtiert, die Klimaschutzprojekte vorstellen oder ihre Beobachtungen zum Klimawandel schildern. Zum Beispiel der Hobbyfischer Michael Haberstich aus Olten, der erzählt, wie als Folge der gestiegenen Wassertemperaturen die Forellen aus der Aare verschwinden und sich der Wels breitmacht.

Geschichte der Regierungsrätin

In der erwähnten Cartoon-Kampagne kommen auch weitere Tiere und Pflanzen zu Wort, die sich zu den Folgen des Klimawandels äussern. Die Zeichnungen, so Rosemarie Zimmermann, seien eine gute Möglichkeit, mit den Leuten ins Gespräch zu kommen. Auch an eher volkstümlichen Anlässen wie dem Solothurner Chästag, wo das Amt für Umwelt letztes Jahr einen Stand betrieb, inklusive Glücksrad mit Fragen zum Klimawandel. Nicht alle Aspekte des Klimaschutzes kommen bei der Bevölkerung gleich gut an. Sich bei Flugreisen einzuschränken, so hat

Rosemarie Zimmermann erfahren, können sich viele nicht gut vorstellen, ihre Essgewohnheiten zu ändern hingegen schon.

Vielleicht gehört deshalb zu den meistgelesenen Klimageschichten diejenige von Brigit Wyss. Die Solothurner Regierungsrätin (Grüne) erklärt, warum das Verschwenden von Lebensmitteln auch Energieverschwendung sei. Und sie erzählt, wie sie von ihrer Mutter gelernt habe, wertschätzend mit Nahrungsmitteln umzugehen. «Jede und jeder Einzelne», betont die Bauerntochter, «kann zur Minderung von Foodwaste beitragen.»

Link zum Artikel
www.bafu.admin.ch/magazin2018-3-01

Véronique Ruppert Schmitt | Sektion Konsum und Produkte | BAFU
veronique.schmitt@bafu.admin.ch

Eliane Schmid | Abteilungschefin Kommunikation | BAFU
eliane.schmid@bafu.admin.ch

rettet den Wald
sauvez la forêt
salvate il bosco
salvai il god
save our woods



Vielschichtige Umweltkampagnen

#kleineweltwunder

Die 19 Schweizer Pärke von nationaler Bedeutung stehen für eine jeweils typische Mischung von Natur und Kultur und bieten eine riesige Vielfalt an Erlebnissen und Leistungen. Der Bevölkerung ist dies aber noch wenig bewusst. Eine Kampagne ändert dies. Text: Gregor Klaus

Die Schweizer Pärke sind voller Weltwunder. Das verspricht ein TV-Spot, der erstmals im Sommer 2017 im Schweizer Fernsehen und auf mehreren regionalen Kanälen lief. Zu sehen sind Frauen, Männer und Kinder aus den Pärken, die engagiert ihre Vorlieben bezüglich Natur, Kultur und Wirtschaft zeigen: einen Baum, eine Kuh, eine Rebe, eine Melodie, einen Käse und vieles mehr. Ob der Begriff Weltwunder nicht etwas hoch gegriffen ist? «Wir sprechen im Film von «kleinen Weltwundern», erklärt Christoph Bürge von der Werbeagentur Metzger Rottmann Bürge, die den knapp zweiminütigen Film im Auftrag des BAFU konzipiert und

«Wenn man genau hinschaut, entdeckt man in den Pärken eine geballte Ladung urtypische Schweiz.»

Christoph Bürge | Werbeagentur Metzger Rottmann Bürge

produziert hat. «Als Gegensatz funktioniert das Wortpaar sehr gut: «Weltwunder» sind gross, und «klein» ist nicht klein, aber Understatement.» Das passe perfekt zur Schweiz

Das Besondere betonen

Der TV-Spot «Kleine Weltwunder» ist Teil der gleichnamigen Kampagne des BAFU, die 2017 startete und darauf abzielt, das Bewusstsein der Bevölkerung für Pärke zu stärken. Man musste

nicht bei null anfangen: Zwischen 2012 und 2016 hatte die Vorläuferkampagne des BAFU mit dem Slogan «Schweizer Pärke – näher als man denkt» diese erfolgreich bekannt gemacht. Anschliessend galt es, das Besondere daran zu beleuchten. Das BAFU und das Netzwerk Schweizer Pärke legten mit Stephan Feige von der Beratungsagentur htp St. Gallen die strategischen Ziele einer Folgekampagne fest, die international ausgeschrieben wurde. Am meisten überzeugte der Vorschlag der Werbeagentur Metzger Rottmann Bürge und vor allem der Film. Diesen hat mittlerweile rund jede dritte Person in der Schweiz mindestens einmal gesehen, und er wird einer Umfrage von DemoSCOPE zufolge generell sehr positiv bewertet (siehe Interview S. 14).

Emotionen wecken

«Unsere Leitidee war, die 19 Pärke in den Vordergrund zu rücken, statt die Marke «Schweizer Pärke» zu bewerben», erläutert Christoph Bürge. «Wir wollen Erlebnisse aus den einzelnen Pärken thematisieren, um die Bevölkerung emotional und dauerhaft an sie zu binden.» Spätestens seit seinen Pärkebesuchen war ihm und seinem Team klar, dass es nicht an Botschaften fehlen würde: «Wenn man genau hinschaut, entdeckt man in den Pärken eine geballte Ladung urtypische Schweiz. Diese Vielfalt mit all ihren kleinen, aber grossartigen Dingen gilt es, in der Kampagne hervorzuheben und selbstbewusst als kleine Weltwunder ins Rampenlicht zu stellen», sagt Bürge. Er geriet ob der Erlebnismöglichkeiten und Erfahrungen aus den Pärken immer wieder ins Staunen.



Bild: Miriam Künzli | Ex-Press | BAFU

«Die Botschaft kommt an»

Dominik Fröhli, Projektleiter beim Markt- und Sozialforschungsunternehmen DemoSCOPE, hat Image und Bekanntheit der Schweizer Pärke in der Bevölkerung ermittelt.

Die Kampagne «Kleine Weltwunder» des BAFU läuft erst seit 2017. Hat sich die Wahrnehmung der Pärke bereits messbar verändert?

Dominik Fröhli: Dass die erste Welle der neuen Kampagne unmittelbar gewirkt hat, zeigt sich unter anderem daran, dass das Logo gegenüber Messungen zur Vorläuferkampagne ziemlich an Bekanntheit zugelegt hat. Dazu beigetragen haben insbesondere der TV-Spot, aber auch die diversen Webaktivitäten. Zudem lässt sich nachweisen, dass die in der Kampagne transportierte Botschaft ankommt und die meisten Befragten diese zumindest sinngemäss wiedergeben können.

Wo kann die Kampagne noch zulegen?

Es ist noch nicht abschliessend zu beurteilen, inwiefern sich die neue Kampagne mittelfristig

auswirkt auf die Bekanntheitswerte einzelner Pärke, auf die Kenntnisse der Labelidee und der verschiedenen Produkte sowie auf die Besuchsabsicht und die effektiv erfolgten Besuche. Gegenwärtig ist das Bewusstsein, dass man sich in einem Park von nationaler Bedeutung aufhält, insgesamt nur moderat ausgeprägt. Hier kann die Kampagne noch zulegen.

Die Bewohnerinnen und Bewohner der Pärke wollen nicht als Touristenattraktion wahrgenommen werden, sondern Gäste empfangen. Wurde die Kampagne dieser Botschaft gerecht?

Ja. Die Kampagne rückt das Engagement der in Schweizer Pärken wohnhaften Menschen für den eigenen Lebensraum in den Vordergrund und vermittelt eine authentische, regional geprägte Gastfreundschaft.

Dreh- und Angelpunkt der Kampagne ist die Website kleineweltwunder.ch, die alle Aktivitäten bündelt. Die Pärke und ihre Exponenten, die mit grossem Engagement hinter dem neuen Kommunikationsauftritt stehen, schicken der Werbeagentur Beiträge zu erfolgten Anlässen und weisen auf Bevorstehendes hin. Die eingegangenen Texte werden redigiert, in attraktiver Form auf die Website gestellt und über verschiedene Kommunikationskanäle wie Facebook, Instagram und Twitter verbreitet.

Street Parade trifft Kuhparade

Angereichert wird die Website auch durch die Werbeagentur selbst, die in intensiver Zusammenarbeit mit den Pärken spezielle Events organisiert. «Wir bestimmen gemeinsam die kulturellen, wirtschaftlichen oder ökologischen Highlights

«Die Homepage sieht jeden Tag anders aus, was der Vielfalt der Pärke entspricht.»

Christoph Bürge | Werbeagentur Metzger Rottmann Bürge

und überlegen uns, mit welcher Persönlichkeit sie überraschend in Szene gesetzt werden können», erklärt Bürge. So haben ein Deutschschweizer und ein welscher Sternekoch im Naturpark Chasseral in

einer der Berghütten, die dort Métairies heissen, ein Menü gezaubert, wobei der Deutschschweizer Koch mit den Zutaten für Capuns ein Papet vaudois kulinarisch interpretieren musste – und der Westschweizer Koch genau umgekehrt. «Das war ein starkes Erlebnis», erinnert sich Bürge. Es wurde filmisch und fotografisch festgehalten, auf der Site attraktiv platziert und als Pressemitteilung über sämtliche Kanäle verbreitet. Eingeladen waren auch Medienschaffende, die neue kulinarische und landschaftliche Welten entdeckten und über den Anlass berichteten.

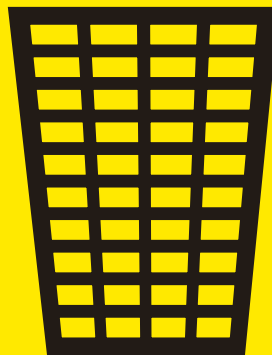
Ein anderes Beispiel stammt aus dem Berner Oberländer Naturpark Diemtigtal, wohin im Sommer 2017 der Street-Parade-Chef Joel Meier als Ehrengast zur alljährlich stattfindenden Viehschau eingeladen wurde. Er durfte, zusammen mit dem Präsidenten der Viehzuchtgenossenschaft, die allererste tierische «Miss Street Parade» küren. «Gemeinsam wurde das Miteinander von Mensch und Tier, von Tradition und Fortschritt, von Stadt und Land gefeiert», erzählt Christoph Bürge. «Mit den Einladungen sorgen wir auf einen Schlag für viel Werbung.»

Aktive Rolle des BAFU

In den nächsten drei Jahren kommen laufend weitere Einladungen dazu, die die Menschen in den Pärken und ihr Engagement in Szene setzen und kleineweltwunder.ch noch attraktiver machen werden. Doch wie erfährt man von dieser Website? Die Agentur bewirbt sie beispielsweise im Internet (mit

Auftraggeber: Gemeinde Münsingen (ab 2010) | Umsetzung: Polyconsult

**CORPUS
FÜR ALLE
DELICTI.**



**Bitte lassen Sie Ihren Abfall
nicht einfach liegen.
Die Nächsten werden es
Ihnen danken.**



«Kleine Weltwunder» gewinnen Bronze

Im April 2018 hat eine Jury von elf Marketing- und Werbespezialisten die Goldbach Crossmedia Awards 2018 verliehen. Dabei wurde die 2017 für die Schweizer Pärke lancierte Kampagne «Kleine Weltwunder» mit Bronze ausgezeichnet.

Prämiert wurde die Kampagne, weil sie auf innovative Art analoge und digitale Formate zu einem crossmedialen Erlebnis verbindet und eine Botschaft «nach innen» sendet: an all die Menschen in den Parkregionen, die die reichen Schätze an Natur, Landschaft und kulturellem Erbe aufwerten und beleben. Sie ermöglichen es Tag für Tag, dass die Schweiz in ihren 19 Pärken bis heute «kleine Welt-

wunder» entdecken kann. Kleine Weltwunder der Kulinarik, der Wirtschaft, der Natur und der Kultur, die nur dank der Menschen in den Pärken gedeihen und für viele Generationen bewahrt werden. So gesehen, ist der Crossmedia Award für das BAFU eine Auszeichnung, die mehr als nur Kommunikationskanäle verbindet: nämlich die Menschen in den Pärken untereinander und mit der Schweiz.

Bannern und Ads) und auf Social-Media-Plattformen. Auch der TV-Spot verweist auf sie. Das Gleiche gilt für die Informationskarte mit den Steckbriefen aller Schweizer Pärke sowie für das mit Hunderten von Fotos bedruckte Pärke-Postauto, welches als Kursfahrzeug in der ganzen Schweiz zirkuliert.

Bei der ganzen Kampagne ist das BAFU keineswegs nur Auftrag- und Geldgeber, sondern verantwortet unter der Leitung von Christoph Grosjean, Marken- und Kommunikationsverantwortlicher für die Pärke von nationaler Bedeutung, die strategische Führung und Kontrolle. Entsprechend begleitet der BAFU-Fachmann den ganzen Prozess intensiv und mit eigenen Vorschlägen. «Sowohl kurzfristige als auch langfristige Ideen und Massnahmen werden laufend gemeinsam besprochen», betont Bürge. «Das ist wichtig, weil Kampagnen zu Umweltthemen besonders komplex sind. Das Prinzip ist zwar immer gleich: Man braucht eine kreative Idee, um ein Kommunikationsproblem zu lösen. Bei einer Kampagne für Bier ist das aber viel einfacher: Es schmeckt nach Malz und Hopfen, und gut gekühlt hilft es gegen Durst und macht Spass. Bei 19 Pärken mit jeweils Hunderten von Botschaften ist die Aufgabe viel anspruchsvoller.»

Schon im ersten Jahr wurden die Ziele der Kampagne übertroffen. Ein Blick auf die Website bestätigt: Unzählige von Social Posts zeigen die Vielfalt des Lebens in den 19 Pärken. «Die Posts von Besuchenden, die ihre Fotos und Erlebnisse auf Instagram, Twitter, Youtube oder Facebook stellen und mit dem Hashtag #kleineweltwunder versehen, werden von uns gefunden und auf der Kampagnen-Site veröffentlicht», erklärt Bürge. «Das macht sie spannend und lebendig. Sie sieht jeden Tag anders aus, was der Vielfalt der Pärke entspricht.»

Link zum Artikel
www.bafu.admin.ch/magazin2018-3-02

Christoph Grosjean | Sektion Ländlicher Raum | BAFU
christoph.grosjean@bafu.admin.ch

SCHWEIZER HOLZ, DAS ORIGINAL.



Fragen Sie nach Schweizer Holz und achten Sie
auf das Herkunftszeichen Schweizer Holz.



woodvetia.ch

Vollzugshilfen und Zustandsberichte

So stärkt Kommunikation den Umweltschutz

Das BAFU erfüllt viele Kommunikationsaufgaben. Es ist zur Berichterstattung verpflichtet und informiert die Bevölkerung über Schutz und Zustand der Umwelt. Es trägt aber auch dazu bei, dass umweltpolitische Ziele erreicht werden, und publiziert Vollzugshilfen. **Text:** Nicolas Gattlen

Schlank und effizient wünscht man sich die Bundesregeln in der föderalen Schweiz. Sie sollen Spielraum lassen für die Kantone und Gemeinden, denen grösstenteils der Vollzug der rechtlichen Vorgaben obliegt. Dies gilt auch für das Umweltrecht mit seinen 11 Gesetzen und 72 Verordnungen. Häufig verzichteten das Parlament und der Bundesrat

Im Rahmen seiner Aufsichtspflicht beobachtet das BAFU den Vollzug der Vorschriften und evaluiert, ob die Ziele erreicht werden. Gleichzeitig unterstützt es diesen als Fachbehörde des Bundes. Es berät, informiert, gibt Empfehlungen an Private und Amtsstellen. Rund 230 Vollzugshilfen umfasst heute das Online-Verzeichnis des BAFU. «Vollzugshilfen sollen eine effiziente und einheitliche Vollzugspraxis fördern», erläutert Christoph Wenger – was sich im Übrigen auch die Wirtschaft wünsche. Zum Beispiel spare eine national aufgestellte Lebensmittelfirma Kosten, wenn an allen Standorten derselbe Labortest oder der gleiche Filtertyp von der Vollzugsbehörde verlangt werde.

«Direkter Austausch trägt wesentlich zur Erreichung umweltpolitischer Ziele bei.»

Christoph Wenger | BAFU

darauf, detaillierte Ausführungsbestimmungen zu erlassen. So legt beispielsweise die Verordnung über die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen (Abfallverordnung, VVEA) Grenzwerte für die Ablagerung fest und verpflichtet den Deponiebetreibenden, dafür zu sorgen, dass die Anforderungen eingehalten werden. Wie dieser Nachweis zu erfolgen hat, lässt die Verordnung offen. Lösungen zeigt eine Vollzugshilfe des BAFU auf. «Die Vollzugshilfen sind nicht bindend», erklärt Christoph Wenger von der Rechtsabteilung des BAFU. «Auch andere Wege können vorschriftskonform zum Ziel führen. Wer sich aber an die Vollzugshilfen hält, ist auf der sicheren Seite.»

Lesefreundlich und attraktiv

Vollzugshilfen werden in breit abgestützten Arbeitsgruppen erarbeitet; Kantone sowie Wirtschafts- und Umweltverbände können also frühzeitig ihre Probleme und Sorgen einbringen. Zum Erfolg der Vollzugshilfen trägt aber zweifellos auch die Aufmachung bei. Früher zirkulierten diese Publikationen unter verschiedenen Namen wie Richtlinien, Empfehlungen, Wegleitung, Handbuch oder Praxishilfe, was für einige Verwirrung bezüglich ihres rechtlichen Status sorgte. Den «Richtlinien» attestierte man nicht selten die Verbindlichkeit einer Verordnung oder schenkte ihnen jedenfalls mehr Bedeutung als dem «Handbuch». Heute gibt es nur noch eine Überschrift – und ein einheitliches Design.

Auch sind die Texte lesefreundlicher aufgemacht; Grafiken, Fotos und Illustrationen fördern das Verständnis für die teils komplexen Sachverhalte.

Schliesslich gelte es, so Wenger, das Papier hinauszutragen. Die Vollzugshilfen werden an Kantonstreffen, Verbandstagen und anderen Weiterbildungsveranstaltungen vorgestellt und erläutert. Der direkte Austausch und die zielgruppengerechte Kommunikation stellten laut Wenger die wichtigsten Elemente des Vollzugs dar und trügen massgeblich zur Erreichung umweltpolitischer Ziele bei (siehe Box S. 20).

Der Zustand der Umwelt

Das Bundesgesetz über den Umweltschutz (USG) verpflichtet das BAFU nicht nur, Private und Behörden zu beraten und ihnen Massnahmen zur Verminderung der Umweltbelastung zu empfehlen (Art. 10e USG). Zu seinen Aufgaben gehört auch, die Bevölkerung über den Zustand und die Entwicklung der Umwelt zu informieren. Alle vier Jahre publiziert der Bundesrat einen Umweltbericht, der die wichtigsten Erkenntnisse aus allen Umweltbereichen zusammenfasst. Zudem veröffentlicht das

BAFU ausführliche Zustandsberichte über spezifische Themen wie beispielsweise Boden, Biodiversität, Luft, Fließgewässer oder Wald. Dabei stützt es sich hauptsächlich auf Daten aus nationalen Beobachtungsprogrammen und Messnetzen.

So erhebt etwa das vom BAFU gemeinsam mit der Eidgenössischen Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (Empa) betriebene Nationale Beobachtungsnetz für Luftfremdstoffe (NABEL) an 16 Standorten in der Schweiz Schadstoffe wie Stickstoffdioxid, Ozon oder Feinstaub. Für diese Stoffe legt die Luftreinhalte-Verordnung (LRV) Immissionsgrenzwerte fest. «Das Messnetz erfüllt also zwei Aufgaben», erklärt Richard Ballaman, Leiter der Sektion Luftqualität beim BAFU. «Es dient als Erfolgskontrolle über die vom Bund und den Kantonen ergriffenen Massnahmen zur Reduktion der Luftverschmutzung, und es liefert die Grundlage für faktenbasierte Informationen.»

Online-Portale und Apps

Die Messdaten des NABEL lassen sich auf der Website des BAFU abfragen, aufgeschlüsselt nach Schadstoff und Station, als Tages- oder

Be a Hero!

Hilf Battery-Man
und bring deine leeren
Batterien zurück.



Stundenmittelwert, in tabellarischer oder grafischer Form. Interessierte finden auf dem BAFU-Portal zudem eine Karte mit den aktuellen gesamtschweizerischen Feinstaub- und Ozonwerten. Dazu werden neben den NABEL-Messungen die Daten von kantonalen und städtischen Messnetzen herangezogen. Die stündlich erneuerten Daten lassen sich auch über Smartphone-Applikationen abrufen. Auf airCheck sind kartografische Darstellungen der aktuellen Luftqualität sowie Informationen über die gesundheitlichen Auswirkungen der Luftverschmutzungen und Verhaltenstipps publiziert. Zeitnahe Angaben zur Luftqualität in der Schweiz bietet seit Dezember 2017 auch die MeteoSchweiz-App unter der Rubrik «Gesundheit».

Die stündlich aktualisierten Daten sind vorläufige, noch ungeprüfte Rohwerte. Unplausible Messwerte werden zwar automatisch aussortiert, nicht aber geringfügige Fehler, die etwa aufgrund der Empfindlichkeit der Geräte auftreten können. Bevor die Daten in Berichte oder Studien einfließen, werden sie deshalb von Mitarbeitenden der Empa bereinigt.

Analysen, Detektivgeschichten

Auch bei der Interpretation der Daten unterstützt die Empa das BAFU. So wurde beispielsweise in Sion am 28. April 2016 eine ungewöhnlich hohe Feinstaubkonzentration gemessen. Eine chemische Analyse des Filters zeigte, dass der grösste Teil der Feinstaubbelastung auf Russ zurückzuführen war. Rasch war auch die Ursache gefunden: An jenem bitterkalten Morgen brannten in den Obstgärten rund um Sion Tausende von Frostkerzen. «Derartige kurzfristige lokale Emissionsanstiege haben aber meist keinen grossen Einfluss auf die mittlere Belastung übers Jahr», erklärt Empa-Mitarbeiter Christoph Hügli. Nachzulesen sind solche «Detektivgeschichten» sowie Analysen zur aktuellen Situation und zur Entwicklung der Schadstoffkonzentrationen im Bericht «Luftqualität 2016», den das BAFU allen Interessierten auf seinem Webportal zur Verfügung stellt.

Gemeinsamer Werkzeugkasten

Die Umweltkommunikation ist nicht alleinige Aufgabe des BAFU. Auch die Umweltämter der Kantone und der Städte vermitteln Informationen, empfehlen Massnahmen und lancieren Kampagnen. Um die Kommunikationsaktivitäten besser aufeinander abzustimmen, gründete die Konferenz der Vorsteher kantonaler Umweltschutzämter (KVU) zusammen mit dem BAFU und den Städten die Delegation Kommunikation im Umweltbereich (DELKOM). «Wir nehmen bestimmte Themen auf, die wir während jeweils zweier Jahre gemeinsam kommunizieren wollen», erklärt Daniel Chambaz, Direktor des Umweltamtes des Kantons Genf. Man erhoffe sich so eine grössere Wirkung bei der Sensibilisierung der Bevölkerung.

Dazu werden eigene Kommunikationsmittel erarbeitet, die allen Umweltbeauftragten auf der Website werkzeugkastenumwelt.ch zur Verfügung stehen. Zum Thema bewusster Konsum und bewusste Ernährung wurde bereits ein ganzes Paket an Kampagnenhilfen online gestellt: Argumente, Zahlen, Illustrationen, Ideen für Veranstaltungen usw. «Die Besucherzahlen der Website sind sehr erfreulich», sagt Daniel Chambaz. Abschliessend bilanziert werde Ende 2018.

Link zum Artikel
www.bafu.admin.ch/magazin2018-3-03

*Christoph Wenger | Leiter Koordination
 Vollzug und Aufsicht | BAFU
christoph.wenger@bafu.admin.ch*

*Richard Ballaman | Sektionschef Luftqualität | BAFU
richard.ballaman@bafu.admin.ch*

«1 Kilo Batterien = 56 Tage Licht.»

Mit jedem Kilo gesammelter Batterien sparen wir gleich viel Umweltwirkung wie eine 12W-Leuchte braucht, die 56 Tage nonstop brennt.

Dominique Rinderknecht





Bild: Miriam Künzli | Ex-Press | BAFU

Mark Eisenegger

ist Professor am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung (IKMZ). Er ist zudem Präsident und Leiter des Forschungsinstituts Öffentlichkeit und Gesellschaft fög der Universität Zürich und präsidiert die Kurt-Imhof-Stiftung für Medienqualität.

Medienwandel

«Das Internet ist die zentrale Instanz der Öffentlichkeit»

Der Medienwandel ist weit mehr als ein Informationstransfer von der Zeitung ins Internet. Auf dem Spiel stehen die Qualität des Journalismus und die Medienvielfalt. Und damit die Demokratie. Mark Eisenegger, Leiter des Forschungsinstituts Öffentlichkeit und Gesellschaft, ordnet ein. **Interview:** Jean-Luc Brühart

Die digitale Nutzung von Medien schreitet rasant voran. Woran ist das zu erkennen?

Mark Eisenegger: Es ist zum Beispiel daran zu erkennen, dass in der Schweiz 2017 erstmals Online-Newssites in Kombination mit sozialen Medien die Hauptkanäle für den Bezug von Informationen waren. Sie haben das Fernsehen und das Radio hinter sich gelassen – und zwar über die gesamte Bevölkerung gesehen. Bei jungen Menschen bewegt sich die Marktdurchdringung bei über 80 Prozent. Rein unterhaltende Informationen werden stärker genutzt als seriöse Informationen, also Hardnews. Der Newskonsum geschieht online und über mobile

Geräte. Die Schweiz ist – im internationalen Vergleich – ein ausgesprochen «mobiles» Land. Es reicht ein Blick in den Waggon einer S-Bahn ...

Unter der flüchtigen Mobilnutzung leidet vermutlich auch die Treue zu einzelnen Medien.

Bis vor relativ kurzer Zeit war die Treue zu bestimmten Medienmarken das dominante Muster, sie beginnt sich in jüngster Zeit aber aufzulösen. Es wird zum zentralen Trend, aus vielen auch flüchtigen Quellen rasch Informationen zu ziehen. Derzeit sind es vor allem die Jüngeren, die Inhalte primär über soziale Medien oder über Google

konsumieren. Das Medienerlebnis entsteht dynamisch – auf dem Handy des Nutzers, den Gesetzen der Tech-Giganten folgend. Wir sprechen auch von einer Plattformisierung.

Wie zeigt sich die Macht von Plattformen wie Facebook, Google und anderen sozialen Medien?

Diese Plattformen schwächen den professionellen Informationsjournalismus, denn ein grosser Teil der Online-Werbegelder fliesst zu Tech-Giganten wie Google ab und nicht in die Medienunternehmen. Das ist mit ein Grund für die Beschleunigung der Konzentration – Zusammenlegung von Redaktionen oder Abbau – bei den herkömmlichen Medien. Die Plattformen verändern aber auch die Kommunikationslogik in der Öffentlichkeit. Soziale Medien sind Emotionsmedien: People, Dramen,

«Die gedruckte Zeitung wird sich als physisch erfahrbares Luxusprodukt entwickeln.»

Emotionen – das läuft gut, wird geliked, kommentiert, geht viral. Je mehr sich der Journalismus daran orientiert, desto dominanter wird die Emotionslogik in der digitalen Öffentlichkeit. Wir sind schon weit fortgeschritten. Algorithmen bestimmen, welche Inhalte überhaupt die Chance haben, Bedeutung zu erlangen.

Sie sprechen gar von einem digitalen Strukturwandel der Öffentlichkeit.

Der digitale Strukturwandel der Öffentlichkeit ist von grosser Tragweite. Er stellt die Gesellschaft, den professionellen Informationsjournalismus und die Demokratie vor substantielle Herausforderungen. Das Internet hat sich unter Einschluss der sozialen Medien zur zentralen Instanz der Öffentlichkeit entwickelt, und wir haben es mit immer mehr

pseudojournalistischen Informationsangeboten zu tun. Das Medienangebot ist sehr komplex, und die Nutzerinnen und Nutzer müssen selber entscheiden, was relevant ist und was nicht. Gleichzeitig schreitet im Bereich der professionellen Informationsmedien eine beschleunigte Konzentration voran, während laufend neue semi- und nicht professionelle Informationsanbieter entstehen, die sich nicht oder nur partiell an Qualitätsstandards orientieren.

Kann die Konzentration im Informationsjournalismus mit der Medienvielfalt im Internet kompensiert werden?

Das ist nicht möglich, denn man hat es mit unterschiedlichen Anbietern zu tun. Professionelle Medien sind da, um eine Fremdbeschreibung zu machen. Sie stellen aus möglichst unabhängiger Warte dar, was in der Gesellschaft passiert, und ordnen ein. Wenn sich nun aber zum Beispiel ein Politiker auf seinem Youtube-Kanal zu einem Thema äussert, dann haben wir es mit PR oder Selbstbeschreibung zu tun. Das ist eine ganz andere Form der Kommunikation. Im zweiten Fall werden partikuläre Interessen verfolgt. Wer sich ausgewogen informieren will, kommt auch in Zukunft nicht um die herkömmlichen Medien herum. Wenn wir davon überzeugt sind, dass professionelle Informationsmedien eine für unsere Gesellschaft unverzichtbare Basisinfrastruktur darstellen, ist es an der Zeit, über neue Fördermodelle nachzudenken, etwa über eine direkte Medienförderung.

Wie steht es um das Vertrauen in soziale Medien?

In den letzten Jahren hat dieses dramatisch abgenommen. Die Nutzerinnen und Nutzer sind sensibilisiert und sehen die Probleme, die ein nicht reguliertes digitales Angebot mit sich bringt. Ich denke da an Fake News, Desinformation und den Schutz von privaten Daten. Wir stellen fest, dass das Bedürfnis der oder des Einzelnen nach seriösen Informationen nach wie vor da ist; aus gesellschaftlicher Sicht hat die Notwendigkeit im Zeitalter der Digitalisierung jedenfalls zugenommen.

Die professionellen Medien als die vierte Gewalt?

Wir haben die Vorstellung, dass Medien der Politik auf die Finger schauen müssen. Das ist zwar richtig, aber sie sollen auch sich selbst und dem Internet auf die Finger schauen. Das machen sie viel zu wenig. Den professionellen Informationsmedien käme es zu, den Wildwuchs im Netz einzudämmen.

«Die Medien müssen sich selbst und dem Internet auf die Finger schauen.»

Was bedeutet der Medienwandel für die Kommunikation eines Bundesamtes?

Die Kommunikationsarbeit für Organisationen und Behörden ist komplexer geworden. Getrieben durch die Fragmentierung ist die Aufmerksamkeit des Publikums auf mehrere Kanäle aufgeteilt. Viele Nutzer und Nutzerinnen leben auf kleinen Informationsinseln. Ein Amt muss mehrere Kanäle bedienen und sich fragen: Wie erzähle ich eine Geschichte, beziehungsweise wie mache ich das sogenannte Storytelling über verschiedene Kanäle?

Und die Beiträge werden dann online geteilt.

Eine Behörde muss mit ihren Bezugsgruppen interagieren. Dafür braucht es Multiplikatoren oder Influencer, die einen Beitrag aufnehmen und in ihren Zielgruppen weiterverbreiten. Die sozialen Medien haben die Personalisierung nochmals auf eine neue Stufe gehoben. Es braucht also Gesichter, Menschen entlang von Dossiers und Kompetenzfeldern. Vor allem bei den Jugendlichen ist der Inhalt nur sekundär. Zentraler für sie ist die Frage: Von wem wurde ein Inhalt verfasst oder geteilt?

Das BAFU verbreitet alle seine Informationen auch über Twitter. Ist dieser Weg richtig?

Genau, das ist ein guter Ansatz. Aber die traditionellen Medien bleiben wichtig. Wir sprechen von

einem medialen Ökosystem, wo herkömmliche und neue Medien ineinandergreifen. Hardnews, die in sozialen Medien verbreitet werden, stammen zu 90 Prozent von professionellen Medien. Die sozialen Medien sind also nur in Ausnahmefällen – ich denke da an die #metoo-Debatte – Agendasetter.

Werden wir in zehn Jahren zurückblicken und denken: Unglaublich, dieser Hype um die sozialen Medien?

Immer wenn neue Informationstechnologien aufkommen, ist am Anfang ein euphorischer Überschuss spürbar: beim Privatfernsehen, beim Internet und jetzt bei den sozialen Medien. Man hat sich jeweils mehr Demokratie erhofft. Eine Kommunikationstechnologie macht eine Gesellschaft aber nicht einfach besser, es gibt nicht einfach mehr Demokratie. Man muss gesitteten und intelligenten Diskurs auch wollen. Wir befinden uns momentan in einer Phase der gesunden Ernüchterung. Die Bedeutung der herkömmlichen Medien wird wieder stärker werden.

Auch die der gedruckten Zeitung? Immerhin wird ihr Ende schon lange prophezeit.

Ich bin überzeugt, dass die gedruckte Zeitung auch langfristig überleben wird. Sie ist physisch erfahrbar, professioneller Journalismus, produziert von einer Redaktion. Die gedruckte und qualitativ hochstehende Zeitung wird sich aber in Richtung Luxusprodukt entwickeln, das sich nur eine Minderheit leisten will. Ich gehe davon aus, dass diese rund zehn Prozent der Bevölkerung ausmachen wird.

Link zum Artikel

www.bafu.admin.ch/magazin2018-3-04

*Rebekka Reichlin | Medienchefin | BAFU
rebekka.reichlin@bafu.admin.ch*

Übersetzungen

Grenzen der Sprache – Grenzen der Welt

Weil sie zum nationalen Zusammenhalt beitragen, kommt den Übersetzungen in der Bundesverwaltung eine hohe Bedeutung zu. Die Datenbank TERMDAT hilft, die richtigen Wörter zu finden. Aber fehlendes Sprachgefühl kann sie nicht ersetzen. **Text:** Lucienne Rey

Wer eine Übersetzung anfertigt, kann sich heute wirkungsvoller elektronischer Hilfsmittel bedienen: Die eidgenössische Datenbank TERMDAT, die auf offiziellen Übersetzungen beruht, enthält rund eine halbe Million Einträge von Fachwörtern, für die sie Definitionen und Kontexte in zwei bis fünf Sprachen vorschlägt. Doch auch Onlinedienste wie DeepL, die gleich ganze Absätze automatisch übersetzen, machen die Arbeit zum Kinderspiel – könnte man meinen. «Die Resultate dieser Übersetzungsmaschinen wirken auf den ersten Blick sehr überzeugend», bestätigt Laurence Corroy, Leiterin des BAFU-Sprachdienstes. Umso mehr gelte es aufzupassen: Denn Unstimmigkeiten in der Logik oder sinnentstellende Tippfehler, die den Übersetzungsprofis auffallen, entgehen der Maschine.

«Kampagnen müssen mehrsprachig sein und den Sprachwitz bewahren.»

Laurence Corroy | BAFU

Überhaupt verlange die Tätigkeit des Übersetzers mehr als bloss lexikalische Kenntnisse. «Wenn wir Texte vom Deutschen ins Französische übersetzen, schauen wir, welche Ausdrücke für Frankofone gängig sind und welche Konzepte dahinterstecken», erklärt Laurence Corroy. Sogar wenn es gelänge, für einen neu geschaffenen deutschen Fachterminus eine exakte Entsprechung in Französisch zu entwickeln, nütze das

wenig, wenn niemand das Wort gebrauche, erläutert die Fachfrau. So setzen sich in der Praxis mitunter Ausdrücke durch, die bei Sprachpuristen auf wenig Gegenliebe stossen: Für «Littering» etwa – das Liegenlassen von Abfall – gibt es weder auf Deutsch noch auf Französisch eine ähnlich prägnante Bezeichnung. Beide Sprachen benötigen einen ganzen Satz, um den Sachverhalt zu beschreiben, und der Rückgriff auf das englische Wort drängt sich als pragmatische Lösung auf.

Unterschiedliche Assoziationen

Sogar Wörter, die in ihrer Verwendung weitgehend deckungsgleich sind, transportieren oft leicht abweichende gedankliche Verbindungen und somit auch unterschiedliche Emotionen. Der Genfer Sprachwissenschaftler Ferdinand de Saussure (1857–1913) prägte dafür den Begriff der assoziativen Beziehungen. Seine Idee lässt sich gut anhand des Ausdrucks «Umwelt» veranschaulichen: So verbindet sich in Deutsch die Vorsilbe «um-», die in Wörtern wie «Umarmung», «Umhang» und «Umgebung» steckt, mit dem Wort «Welt», das seinerseits Assoziationen zum blauen Planeten und zum Weltbürger, aber auch zur Tier- und Pflanzenwelt weckt.

Der italienische Ausdruck «ambiente» dagegen leitet sich ab von «ambire» – Lateinisch für: herumgehen. Im Plural bezieht sich das Wort oft auf soziale Milieus, indem etwa von «ambienti familiari» – zu Deutsch: «familiäre Kreise» – die Rede ist. Auffällig ist auch die sprachliche Nähe von «ambientalista», der Person, die die Umwelt

schützt, und «ambientista» – dem Kunst- und Landschaftsmaler. Der Mitte des 19. Jahrhunderts neu aufgekommene deutsche Ausdruck «Heimatschutz» wurde im Italienischen denn auch zunächst sinngemäss als «Schutz der künstlerischen Schönheiten» umschrieben.

Das französische Wort «environnement» seinerseits entstand aus einem Zusammensetzung von «en-» und «viron», wobei sich Letzteres vom lateinischen «virare» für «umkreisen» herleitet. «Les environs» ist seit dem 15. Jahrhundert als Ausdruck für «die nähere Umgebung» nachgewiesen. Sprachwissenschaftler nehmen an, dass dieses etablierte Wort als Grundlage für den neueren Begriff «environnement» diene, der in Anlehnung an das englische «environment» geprägt wurde. «Nach meinem Sprachgefühl umfasst «environnement» alles, was um mich herum und mir nahe ist», stellt Laurence Corroy fest. Der deutsche Ausdruck «Umwelt» hingegen bricht die gedankliche Verbindung zur unmittelbaren Umgebung auf und verweist auf den ganzen Erdkreis.

Wortspiele bleiben hängen

Vollends anspruchsvoll wird es, wenn es um die Übersetzung von Kampagnen geht, die in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden sollen. Denn diese bestehen oft durch Überraschung und Witz, und ihr Slogan verweist gerne auf einen Kontext, der über die Sprache hinausreicht. Laurence Corroy illustriert diesen Sachverhalt anhand einer französischen Kampagne gegen das Wegwerfen von Lebensmitteln. «Wer ein Ei wegwirft, wirft auch einen Ochsen weg», so die wörtliche Übersetzung des Werbespruchs, der für Deutschsprachige unverständlich ist. Jede frankophone Person hingegen denkt an den französischen Reim, wonach jemand, der eine Kleinigkeit wie ein Ei entwendet, letztlich auch nicht vor dem Diebstahl eines Ochsen zurückschreckt: «Qui vole un œuf, vole un bœuf.»

Dagegen zeigt ein Plakat einer österreichischen Kampagne für fachgerechte Entsorgung eine Energiesparlampe, die aus einer Reihe

Auftraggeber: BAFU (2012-2016) | Umsetzung: Marti Communications

DIE SCHWEIZER PÄRKE NÄHER ALS MAN DENKT



Pärke in Ihrer Nähe: www.schweizer-paerke.ch
Eine Informationskampagne des Bundesamtes für Umwelt BAFU

HAUTE
PARCS SUISSES
PÄRKE

Prägt Sprache unser Denken?

Bereits Wilhelm von Humboldt (1767–1835) hatte festgehalten, dass Sprache «gleichsam die äusserliche Erscheinung des Geistes der Völker» sei. Gut 100 Jahre später war der sogenannte sprachliche Relativismus auch unter Ethnologen angesagt: Postuliert hatte ihn der US-amerikanische Sprachwissenschaftler Benjamin Lee Whorf (1897–1941). Dieser war zuvor zur Überzeugung gelangt, die Sprache der Hopi-Indianer enthalte keine grammatischen Konstruktionen, die sich auf Vergangenheit, Gegenwart oder Zukunft beziehen – also auf das, was wir gemeinhin unter «Zeit» verstehen. Das Zeitgefühl der Hopi, so Whorfs Folgerung, unterscheide sich demnach grundsätzlich vom unsrigen.

Empirische Untersuchungen in den frühen 1980er-Jahren widerlegten Whorfs Studien der Hopi-Sprache. Doch derzeit erlebt der linguistische Relativismus eine Renaissance. So wies Stephen C. Levinson vom Max-Planck-Institut für Psycholinguistik in Nimwegen (NL) nach, dass Menschen, deren Sprache keine relativen Richtungen wie «oben» oder «links» kennt und die nur absolute Raumangaben (also etwa «nördlich» oder «hangaufwärts») verwenden, sich auffallend gut in unbekanntem Gelände und in fremden Gebäuden orientieren können. Sie schneiden dabei sogar besser ab als Personen, die dort leben. Die These, wonach unsere Sprache unser Denken prägt, ist damit wieder salonfähig geworden.

bunten Birnenobstes tanzt. «Helle Birnen entsorgen richtig», lautet der Spruch darunter, der in einer wörtlichen Übersetzung in Französisch schlicht unsinnig würde. «Ceci n'est pas une poire», schlägt Laurence Corroy als Möglichkeit vor – und spielt damit auf das berühmte Gemälde von René Magritte (1898–1967) an, das eine Pfeife zeigt und zugleich einen Schriftzug, der darauf aufmerksam macht, dass dieses Bild einer Pfeife keine Pfeife ist.

Sprachspiele im Behördenalltag

«Bei unseren BAFU-Kampagnen legen wir grossen Wert darauf, dass sie von Anfang an mehrsprachig angelegt werden und den Sprachwitz bewahren», hebt Laurence Corroy hervor. Sogar der strenge Behördenalltag bietet Freiraum, um mit der Sprache zu spielen. In einem Naturgefahrenbulletin etwa ging es darum, dass der Wasserstand eines Sees die zweite Gefahrenstufe knapp erreichen könnte. Die zuständige Übersetzerin

drückte diesen Sachverhalt poetischer aus und liess in Französisch den Wasserpegel mit der Gefahrenstufe «flirten». Keine Formulierung, die TERMDAT vorgeschlagen hätte. Aber eine, die im Gedächtnis der Lesenden hängen bleibt.

Link zum Artikel
www.bafu.admin.ch/magazin2018-3-05

Laurence Corroy | Chefin Sprachdienst | BAFU
laurence.corroy@bafu.admin.ch

Naturgefahren

Warnen und Eigenverantwortung wecken

Die Kommunikation betreffend Naturgefahren und Extremereignisse hat sich in der Schweiz seit dem Hochwasser im Jahr 2005 grundlegend verändert. Heute kommen bei der Warnung von Behörden und Bevölkerung Internetplattformen und Apps für Smartphones zum Einsatz. Und das vorhandene Informationssystem wird immer perfekter. **Text:** Cornélia Mühlberger de Preux

Im August 2017 verwüstete ein Murgang das Dorf Bondo (GR). Anfang 2018 rüttelte Sturm Burglind die gesamte Schweiz durch. Und während der ganzen Wintersaison 2017/18 suchten Lawinen und Erdbeben mehrere Alpentäler heim. Infolge des Klimawandels dürften derartige Phänomene in ihrer Häufigkeit und ihrem Ausmass zunehmen und Bevölkerung, Infrastrukturen und Gebäude gefährden. Der Schutz von Menschen und Gütern erweist sich demnach als wichtiger denn je.

«Diesbezüglich spielt die Kommunikation betreffend Gefahren und Massnahmen zum Schutz der eigenen Sicherheit eine entscheidende Rolle. Wir versuchen, das Interesse, das solche Ereignisse erregen, zugunsten der Information zu nutzen», erklärt Josef Eberli, Chef der Abteilung Gefahrenprävention beim BAFU. Die Arbeit trägt Früchte, denn dank frühzeitigen, präziseren und gezielteren Warnungen richteten Lawinen im Januar 2018 deutlich geringere Schäden an als in der Vergangenheit.

Lokale Behörden unverzichtbar

Im Ereignisfall gilt es, Behörden, Einsatzdienste und Bevölkerung gleichzeitig zu warnen. «Die Kommunikation muss sowohl horizontal als auch vertikal fließen», bestätigt Josef Eberli. Mit anderen Worten: Die Verbindungsstellen in den Kantonen und Gemeinden sind unverzichtbar. Seit 2010 stellt der Bund lokalen Behörden sowie Anlagenbetreibern

auf der Gemeinsamen Informationsplattform Naturgefahren (GIN) Messwerte und Übersichten zur Verfügung. Damit können die Verantwortlichen die Situation beurteilen und die erwarteten Entwicklungen aufnehmen, um die Bevölkerung zu informieren, sie vor Gefahren zu warnen und sie im Bedarfsfall gar zu evakuieren. «Wichtig ist, dass die Kette von den Massnahmen bis hin zu den Interventionen vor Ort funktioniert und dass insbesondere die Einsatzkräfte bei einem Ereignis die GIN-Informationen berücksichtigen. Die lokalen Naturgefahrenberaterinnen und -berater werden zu diesem Zweck auf Stabebene ausgebildet», hebt Josef Eberli hervor.

«Eine Information zu verbreiten, reicht nicht. Sie muss gesehen, gelesen und verstanden werden.»

Barbora Neveršil | BAFU

Während vor einigen Jahren noch hauptsächlich Radio und Fernsehen die Bevölkerung vor Gefahren warnten, werden diese Medien heute durch Websites und verschiedene Applikationen (Apps) ergänzt. Mit hoher räumlicher und zeitlicher Auflösung

erfolgt die Kurzfristvorhersage der Wetterentwicklung praktisch minutengenau über einen Zeitraum von bis zu sechs Stunden.

Niemanden vergessen – verständlich sein

«Eine Information zu verbreiten, reicht allerdings nicht aus. Sie muss auch gesehen, gelesen und verstanden werden», betont Barbora Neveršil, Informationsbeauftragte Naturgefahren beim BAFU. Im Rahmen des Lenkungsausschusses Intervention Naturgefahren (LAINAT) prüfen die Naturgefahrenfachstellen des Bundes, wie zum Beispiel auf dem Naturgefahrenportal visuelle Elemente – wie Piktogramme – die Verhaltenstipps bei Gefahren

verständlicher machen können. Wichtig ist auch ein Angebot in den vier Landessprachen sowie in Englisch. Auch über die MeteoSchweiz-App lassen sich Informationen in Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch abrufen. Und wie werden weitere anderssprachige Personen erreicht? «Hier zählen wir auf Multiplikatoren, Nachbarn, Kolleginnen und Kollegen, Kinder, Eltern oder soziale Einrichtungen», fügt Barbora Neveršil hinzu. Zudem bietet das BAFU Broschüren an.

Josef Eberli appelliert überdies an die Eigenverantwortung: «Jede einzelne Person soll sich überlegen und sich darüber informieren, was in ihrem Umfeld passieren könnte, Vorkehrungen treffen, um ihre Nächsten samt Eigentum zu schützen. Häufig

Auftraggeber: EnergieSchweiz, BFE (2017) | Umsetzung: FRANZ&RENÉ



Ein leistungsfähiges Dispositiv

Zwei Jahre nach den Überschwemmungen von 2005 hat der Bundesrat das Projekt OWARNA (Optimierung von Warnung und Alarmierung vor Naturgefahren) ins Leben gerufen. Daraus ging ein ambitionierter Massnahmenkatalog hervor: Verbesserung der Vorhersagemodelle, Ausbau der Datenbanken hinsichtlich Entwicklung sowohl der Wetterbedingungen wie des räumlichen und zeitlichen Abflussverlaufes, Erarbeitung der hydrologischen Vorhersagen für die wichtigen Fliessgewässer, Vereinheitlichung von Warnstufen und Gefahrenstufen, Optimierungen in den beiden Bereichen Lawinenprävention und Alarmierung bei extremen Wetterereignissen. Zusätzlich wurde der Personalbestand der betroffenen Fachstellen verstärkt, und im Jahr 2014 entstand für die Bevölkerung die Plattform naturgefahren.ch. MeteoSchweiz hat die Warnungen dieses Portals in ihre App aufgenommen und macht entsprechende Verhaltensempfehlungen.

Eine effiziente Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Bundesämtern ist unabdingbar, wenn es um das angemessene Verhalten bei

aussergewöhnlichen Naturereignissen und die dabei erforderliche Kommunikation geht. So haben innerhalb des Lenkungsausschusses Intervention Naturgefahren (LAINAT) folgende Bundesämter und Institutionen ihr Wissen und ihre Kompetenzen zusammengeführt: das BAFU und das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS), das Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie MeteoSchweiz, die Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL) mit dem Institut für Schnee- und Lawinenforschung (SLF) sowie der Schweizerische Erdbebendienst (SED) an der ETH Zürich. Das BAFU ist seinerseits zuständig für Warnungen vor Hochwasser und damit einhergehenden Rutschungen sowie vor Waldbränden. Das Amt unterstützt die Kantone in der Ausbildung der lokalen Naturgefahrenberaterinnen und -berater.

sind es einfache Dinge, die helfen, Schäden zu vermeiden oder zu begrenzen.»

Richtung «Info à la carte»

Barbora Neveršil und Josef Eberli fehlt es nicht an Ideen, um die Kommunikation in diesem Bereich noch zu optimieren. «Es geht darum, in den sozialen Netzwerken noch präsenter zu sein, noch mehr mit Bildern und Kurzvideos zu arbeiten», sagt sie, während er auf ein neues BABS-Projekt – die weiterentwickelte Alertswiss-App – verweist, die im Herbst lanciert wird. Alertswiss ergänzt das Sirenenetz: Mit der App kann die Bevölkerung

künftig unmittelbar via Push-Nachricht sowie Geolokalisation alarmiert und über Verhaltensanweisungen der Behörden informiert werden.

Link zum Artikel
www.bafu.admin.ch/magazin2018-3-06

Barbora Neveršil | Sektion Medien | BAFU
barbora.neversil@bafu.admin.ch


GENAU GESCHAUT, GUT GESCHÜTZT.

Beim Einkaufen, Anwenden, Lagern oder Entsorgen – immer Gefahrensymbole und Sicherheitshinweise auf der Etiketle beachten.



CHEMINFO.ch

Eine Kampagne zum verantwortungsvollen Umgang mit chemischen Produkten im Alltag.

 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Gesundheit BAG
Eidgenössische Koordinationskommission
für Arbeitssicherheit EKAS
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
Bundesamt für Umwelt BAFU
Bundesamt für Landwirtschaft BLW

ASA | SVV

Schweizerischer Versicherungsverband
Association Suisse d'Assurances
Associazione Svizzera d'Assicurazioni

WAS IM SCHWIMMBAD STÖRT, STÖRT AUCH AM UFER.

100% RECYCLING
0% LITTERING



IGSU Interessengemeinschaft für eine saubere Umwelt und mehr Lebensqualität. www.igsu.ch



Citizen Science

App-lizenzierte Forschung

Die digitale Technik beeinflusst unsere Art zu kommunizieren – und damit auch die Wissenschaft. Sie ermöglicht es zudem der Bevölkerung, Beobachtungen in der Umwelt einfach zu erheben. **Text:** Christian Schmidt

«Ohne die technischen Fortschritte in der Kommunikation wäre meine Forschung nicht möglich», macht Olivia Romppainen im Gespräch sogleich klar. Die Leiterin der Abteilung Klimafolgenforschung an der Universität Bern geht dem Hagel und seinen Auswirkungen nach. Die vom Himmel prasselnden Eiskörner gelten immer noch als schwer erklärbares Wetterphänomen.

«Über die neuen Plattformen gelangt die Forschung an ein Publikum, das sie sonst nie erreicht hätte.»

Mike S. Schäfer | Universität Zürich

Olivia Romppainen nutzt für ihre Arbeit die sogenannte Citizen Science, das heisst, sie beteiligt die Bevölkerung an der Datenerhebung. Auf diese Idee kam sie 2014 während eines Workshops in den USA. Ihre amerikanischen Kollegen erklärten ihr, wie sie Daten sammelten: «Sie taten das mithilfe der Bevölkerung. Menschen auf dem ganzen Kontinent geben mittels einer App ihre Wetterbeobachtungen ein.» Die Professorin erkannte, dass sich hier eine neue Datenquelle von praktisch unbeschränktem Ausmass ergab. Und sagte sich: «Was die können, können wir auch.»

Hagelmeldung mittels App

Nach ihrer Rückkehr in die Schweiz begann sie mit der Umsetzung. In Zusammenarbeit mit MeteoSchweiz und der am Thema interessierten

Mobiliar Versicherung – sie zahlt jährlich rund 50 Millionen Franken für Hagelschäden – startete sie 2015 ihr Citizen-Science-Projekt.

Inzwischen beteiligen sich mehrere Hundert Personen an ihrer Forschung. Nach einem Hagelanschlag melden sie via App von MeteoSchweiz oder Mobiliar Versicherung wo, zu welcher Zeit und in welcher Grösse Eiskörner niedergegangen sind. Für Olivia Romppainen bergen diese Rückmeldungen «einen riesigen Schatz» an Informationen. Sie helfen der Wissenschaftlerin, die Prognosen so zu verbessern, dass Hagelwarnungen präziser und früher erfolgen können.

Auf dem Vormarsch

Olivia Romppainen ist bei Weitem nicht die einzige Wissenschaftlerin, die heute in der Schweiz die Möglichkeiten der Citizen Science nutzt. Die neue Forschungsmethode verbreitet sich schnell: Auf der vom Verein GLOBE Schweiz lancierten und von BAFU und MeteoSchweiz unterstützten Website PhaenoNet.ch registrieren die Teilnehmenden mittels Eintrag oder WebApp ihre Beobachtungen von und an ausgewählten Pflanzen. «PhaenoNet» ermöglicht es, Beobachtungen zur jahreszeitlichen Veränderung von Pflanzen zu erfassen und mit anderen Interessierten zu teilen. Freiwillige geben auf der App «CrowdWater» der Universität Zürich Gewässerdaten ein und verbessern so die Voraussagen für Trockenheit und Hochwasser. Schülerinnen und Schüler der American School in Leysin (VD) beobachten im Rahmen des Projekts «Local Environmental Transect Survey LETS Study Leysin» systematisch Veränderungen in

der Waldökologie. Ihre Methode wollen sie mit möglichst vielen anderen Schulen teilen, um die Folgen des Klimawandels zu untersuchen.

Raus aus dem Elfenbeinturm

Citizen Science ist keine Erscheinung der Neuzeit; entstanden ist sie bereits vor 200 Jahren (siehe Box S. 35). Allerdings, so sagt Mike S. Schäfer, Professor für Wissenschaftskommunikation an der Universität Zürich, sei die Bürgerforschung erst jetzt «durchgestartet» – dank Smartphones, Apps und sozialen Medien. «Erstmals ist es möglich, Daten von unterschiedlichsten Orten in Echtzeit zu übermitteln, mit genauer Standortangabe und in hoher Qualität.» Die Wissenschaft finde nicht mehr nur im Elfenbeinturm statt, sondern auf Augenhöhe mit der Bevölkerung. Mike S. Schäfer:

«Über Plattformen wie Twitter und Facebook gelangt die Forschung heute an ein Publikum, das sie sonst nie erreicht hätte.»

Näher an den Menschen

Diese Transformationsprozesse beschäftigen auch den Bund. Sie stehen im Zentrum der Strategie «digitale Schweiz», welche die Chancen der Digitalisierung durch die Zusammenarbeit und den Dialog mit allen gesellschaftlichen Akteuren nutzen möchte.

In diese Strategie einbezogen ist auch das BAFU, unter anderem in Zusammenhang mit Citizen Science. «Wir sehen hier eine Möglichkeit, die Bevölkerung für Umweltthemen zu sensibilisieren», sagt BAFU-Kommunikationsspezialistin Gabriella Zinke. So unterstützt das Amt nicht

Auftraggeber: Umweltfachstellen Zentralschweiz (2017–2019) | Umsetzung: Creafactory

FLICKE. TEILE. SORG HA.



e-chline-schritt.ch

Die Zentralschweiz engagiert sich für nachhaltigen Konsum.

200 Jahre Citizen Science

Der Einbezug von Privatpersonen in die Forschung ist keineswegs neu. «In der Schweiz tauschten sich ab dem Jahr 1815 privat tätige Wissenschaftler in der Schweizerischen Naturforschenden Gesellschaft (heute: Akademie der Naturwissenschaften Schweiz SCNAT) mit ihren Standesgenossen über neue Erkenntnisse aus», sagt Dana Mahr, Wissenschaftshistorikerin an der Universität Genf. Gesammelt, untersucht und katalogisiert wurde alles, was von Interesse war: Pflanzen, Tiere, Mineralien. Mit der Professionalisierung der Wissenschaft verlor die Beteiligung von Privaten jedoch zeitweilig ihre Bedeutung; die Forschung war nun weitgehend den Hochschulen überlassen.

Doch bereits in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erhielt Citizen Science eine neue Bedeutung. Sie wurde zum «Ausdruck

des eben erwachten Selbstbewusstseins der Bevölkerung», so Dana Mahr, etwa in Zusammenhang mit dem Umweltschutz. Als es 1972 in einer texanischen Stadt zu einer Gewässerverschmutzung kam, begann die Bevölkerung, aus Angst um ihre Gesundheit den Schadstoffgehalt selbst zu messen. Diese Bedeutung der Bürgerforschung hält sich bis heute, zum Beispiel in Fukushima, wo die Menschen nach der Reaktorkatastrophe von 2011 mithilfe des Citizen-Science-Projekts «Safecast» Datensammeln und auswerten. Sie befürchten, von offizieller Seite nicht umfassend informiert zu werden.

nur «PhaenoNet», sondern auch Einzelprojekte wie den Brutvogelatlas oder den Säugetieratlas. Interessant sei die Bürgerforschung, weil sie dank Einbezug der sozialen Medien auch ein jüngeres Publikum anspreche, also die kommenden Generationen.

Soziale Medien im BAFU

Trotz ihrer zunehmenden Bedeutung sind die sozialen Medien für die Öffentlichkeitsarbeit des BAFU aber «nur ein Kanal unter anderen», erklärt BAFU-Kommunikationschefin Eliane Schmid. «Auch klassische Medienmitteilungen sowie die Inhalte unserer Website sind wichtige Kommunikationsmittel.» Diese Informationen würden sehr gut aufgenommen – und dank der Onlinepräsenz von Zeitungen, Radio und Fernsehen würden sie auch wieder auf entsprechenden Plattformen verbreitet.

Gleichwohl setzt auch das BAFU seit einiger Zeit vermehrt auf soziale Medien, um vom Multiplikations- und Partizipationseffekt zu profitieren. Eliane Schmid: «Wir haben vier Twitteraccounts, sind auf LinkedIn aktiv, und seit Februar 2018 ist unser Magazin «die umwelt» auf Facebook präsent.» Diese Kommunikationsmittel setze das Amt ein, weil sie den direkteren Kontakt mit der Bevölkerung erlauben. «Das ermöglicht uns, Umweltpolitik und -wissen besser zu vermitteln.»

Link zum Artikel
www.bafu.admin.ch/magazin2018-3-07

Robert Stark | Sektionschef Corporate Publishing | BAFU
robert.stark@bafu.admin.ch

Gabriella Zinke | Kommunikationsberatung | BAFU
gabriella.zinke@bafu.admin.ch

Wie alles begann

Im Keller der Umweltkommunikation

Die Suche nach den Spuren der Informationstätigkeit des Bundes zu Umweltthemen führt in einen Keller in Ittigen (BE). Ein Besuch im Archiv der Abteilung Kommunikation des BAFU. Text: Mike Sommer

Die Information der Bevölkerung über den Zustand der Umwelt ist eine Aufgabe der Behörden, die seit 1983 im Bundesgesetz über den Umweltschutz (USG) verankert ist. Der Bund erfüllte diesen Auftrag in der damaligen umweltpolitisch bewegten Zeit unter anderem mit den «Sanasilva-Waldschadenberichten» (ab 1983) und den «Umweltberichten» (ab 1990). Doch was war zuvor? Und wie verlief die Entwicklung hin zur heutigen permanenten und umfassenden Umweltkommunikation des Bundes?

*Schwarz-weiss und bildfrei:
Nüchtern wurden Neuigkeiten
aus Gewässerschutz und
Luftreinhaltung vermittelt.*

Im Archiv des BAFU in Ittigen bei Bern sollten sich Antworten finden lassen. Etwa 50 Meter lang und 4 Meter breit ist der Kellerraum, in dem sich ein Rollregal ans nächste reiht. Die abgelegten Dokumente der Abteilung Kommunikation füllen etwa ein Dutzend dieser Schränke. Wo anfangen, wenn relativ wenig Zeit zur Verfügung steht? Greifen wir also nach dem Zufallsprinzip ein Dossier heraus, und tauchen wir ein in die Umweltkommunikation von damals.

Dürre Mitteilungen

«Meine Damen und Herren, Information ist integraler Bestandteil des Umweltschutzes; denn sämtliche Massnahmen der Behörden und noch viel mehr

Aufrufe zur Eigenverantwortung müssen von der Öffentlichkeit verstanden werden, [...] damit sie mitgetragen werden.» So sprach laut überliefertem Manuskript Bruno Böhlen, der Direktor des damaligen Bundesamtes für Umweltschutz, im September 1988 zu den Medienschaffenden. Bundesrat Flavio Cotti hatte eingeladen, um die Nationale Aufklärungskampagne «Saubere Luft – gesundes Leben» vorzustellen. Vier Jahre lang sollte die Bevölkerung darüber informiert werden, was jede und jeder gegen die Luftverschmutzung unternehmen kann. Radio- und Fernsehspots, Kinowerbung, Plakate, eine Broschüre sowie eine Magazinbeilage in Tageszeitungen waren die Kanäle, über die der Bund kommunizieren wollte. Budget: zwei Millionen Franken.

Der Bund brach damals in ein neues Zeitalter der Umweltkommunikation auf. Noch zehn Jahre zuvor hatte das Eidgenössische Amt für Umweltschutz vor allem mit dürren Communiqués über Umweltthemen informiert. Im BAFU-Archiv liegen mehrere Ordner mit Mitteilungen aus den 1970er-Jahren. Adressaten waren nicht die Medien, sondern kantonale oder andere Fachstellen, die etwa über die Zusammenhänge zwischen Winterdienst beim Strassenunterhalt und Gewässerschutz aufgeklärt wurden.

Die zunehmende gesellschaftliche Brisanz von Umweltthemen schlug sich aber bald in den Themen der Mitteilungen nieder, mit denen sich das Bundesamt ab den 1980er-Jahren immer öfter direkt an die Medien und somit an die Bevölkerung wandte: Mit «Sofortmassnahmen zur Eindämmung der Luftverschmutzung» (März 1984) reagierten die Behörden auf das «Waldsterben», das die Menschen ebenso bewegte wie das wachsende Ozonloch («Schweiz unterzeichnet FKW-Protokoll in

Vier Regeln für unterwegs

— 1 —

**Wildruhezonen und
Wildschutzgebiete beachten**

— 2 —

**Im Wald auf Wegen und
bezeichneten Routen bleiben**

— 3 —

**Waldränder und schneefreie
Flächen meiden**

— 4 —

**Hunde an der Leine führen,
insbesondere im Wald**

Informiere dich vor deiner nächsten Tour über
Wildruhezonen & Wildschutzgebiete:

www.respektiere-deine-grenzen.ch/karte

Weitere Infos zu Schneesport mit Rücksicht:
www.respektiere-deine-grenzen.ch & www.respect-wildlife.ch

«Respektiere deine Grenzen» ist eine Kampagne zum Schutz der Wildtiere, getragen von Sport, Handel, Tourismus, Naturschutz und Jagd. Sie wird getragen durch die Mitgliedorganisationen des Vereins «Natur & Freizeit» und wird durch das BAFU unterstützt.



Auftraggeber: Verein «Natur & Freizeit» (ab 2009) | Umsetzung: Heyday

Montreal», September 1988). Die Umwelt rückte in die Schlagzeilen. Und das Bundesamt für Umweltschutz erweiterte 1989 durch die Fusion mit dem Bundesamt für Forstwesen und Landschaftsschutz seinen Blickwinkel und wurde zum Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL).

Die Macht der Bilder

Die sich wandelnde Kommunikation des Bundes lässt sich auch am Werdegang des vorliegenden BAFU-Magazins «die umwelt» ablesen. Dessen Vorläufer erschien erstmals im September 1976 und hiess «Umweltschutz in der Schweiz – Mitteilungen des Eidgenössischen Amtes für Umweltschutz». In der 20-seitigen Nummer 1 stellte sich die Hauptabteilung Immissionsschutz vor, dazu kam ein kurzer Text über ein Bundesgerichtsurteil zum Bauen ausserhalb der Bauzone. «Zum Geleit» schrieb der Amtsdirektor Rodolfo Pedrolì: «Der Bundesratsbeschluss vom 26. Mai 1971 über die Schaffung eines

Eidg. Amtes für Umweltschutz nennt die Information der Öffentlichkeit über Bedeutung, Notwendigkeit und Gestaltung des Umweltschutzes als eine seiner Aufgaben.» Das schwarz-weiße, bildfreie und

Die zunehmende gesellschaftliche Brisanz von Umweltthemen schlug sich ab den 1980er-Jahren bald in den Mitteilungen nieder.

einfach gestaltete Heft vermittelte fortan mehrmals jährlich in nüchterner Sprache und schmuckloser Aufmachung Neuigkeiten aus Bereichen wie Gewässerschutz, Luftreinhaltung, Umweltökonomie oder internationale Organisationen, verfasst von Fachspezialisten der Verwaltung. 1983 änderten vor allem der Umfang – jetzt 50 Seiten – und der Untertitel: «Bulletin des Bundesamtes für Umwelt,

Wald und Landschaft». Der Haupttext der ersten Ausgabe im neuen Design (aber weiterhin schwarzweiss und ohne Fotos) trug den Titel «Einige Gedanken zu den hydrologischen Beobachtungen in der Schweiz». Die Menschen wurden in diesen Jahren vor allem durch die sich häufenden Medienberichte aufgeschreckt, wonach der Wald im Sterben liege. Bundesrat Alphons Egli erhöhte den Druck auf die Politik, als er den Medientross in den Wald bestellte, um ihm das Problem der Kronenverlichtung vor Augen zu führen.

Als einer der ersten setzte Bundesrat Egli die Macht der (Fernseh-)Bilder für die Anliegen des Umweltschutzes ein.

Erst gut zehn Jahre später tauchten auch im BUWAL-Heft Fotos auf. Ab 1994 nannte sich das Bulletin schlicht «Umweltschutz». 1998 kam mit einer Art Meergrün eine erste Farbe ins immer professioneller gestaltete Heft. Mit dem Jahrtausendwechsel folgte schliesslich der Schritt zum echten Magazin – vierfarbig und bildreich, für kurze Zeit hart an der Grenze zum Infotainment, dann aber zielstrebig auf dem Weg zum Medium für das breite Publikum. Sein Name: «umwelt», seit 2018 «die umwelt». Mit einer Auflage von über 60 000 Exemplaren ist es längst zu einem wichtigen Pfeiler in der Umweltkommunikation des BAFU geworden.

Auf allen Kanälen

Auch andere Informationskanäle gewannen stetig an Bedeutung. Der Saubere-Luft-Kampagne von 1988 bis 1991 folgten 1994/95 Kampagnen zu den Themen Klima und Artenvielfalt unter dem Slogan «Mund auf statt Augen zu». Sie richteten sich vor allem an die junge Generation, die zum aktiven Mitmachen aufgefordert wurde – zum Beispiel «selber Artenschutzaktionen zu planen, als Projekt

einzureichen und durchzuführen». Zur Kampagne gehörte auch ein Kulturaustausch mit Madagaskar, der mediale Schelte hervorrief: Die Aktion zur Sensibilisierung für den Artenschutz sei zur «multikulturellen Konzertveranstaltung» mutiert, monierte ein Presseartikel, der im BAFU-Archiv zu finden ist: Immer öfter trat der Bund nicht mehr als alleiniger Organisator von Informations- und Sensibilisierungskampagnen auf, sondern als Co-Sponsor. So gewährte das damalige BUWAL etwa der IG Velo Schweiz einen Unterstützungsbeitrag für den ersten Schweizer «Velo-Alltag» von 1996, der «mit lustbetonten Aktionen» die Leute dazu bewegen wollte, auf das Velo umzusteigen.

Eigene Kampagnen und solche mit Partnern sind heute fester Bestandteil im Kommunikationsrepertoire des BAFU. Ständig wichtiger wird auch der Austausch über das Internet und die sozialen Medien von Twitter über Youtube bis Facebook. Der Bund nutzt damit zahlreiche Kanäle, um den umweltpolitischen Anliegen in der zusehends vielfältigeren Medienlandschaft Gehör zu verschaffen. Die Welt – und mit ihr die Kommunikation der Behörden mit der Bevölkerung – hat sich in wenigen Jahrzehnten stark verändert. Im BAFU-Archiv werden die Erinnerungen plötzlich wieder lebendig.

Link zum Artikel
www.bafu.admin.ch/magazin2018-3-08

Eliane Schmid | Kommunikationschefin | BAFU
eliane.schmid@bafu.admin.ch

ES KANN JEDEN ABFALLSÜNDER TREFFEN.

GEBÜSST!

Das Liegenlassen von Abfällen im öffentlichen Raum (Littering) ist strafbar und kann seit dem 01. Januar 2010 von der Polizei gebüsst werden. Mehr Informationen: www.litteringbussen.ch

Eine Informationskampagne des Kantons Solothurn

Vor Ort



ZH

Die Recycling-Wohnung

Die Wände bestehen aus Jeansstoff und Pflanzenfasern, aus Lehm, Tetraverpackungen, Wolle und rezyklierten Backsteinen. Die Teppiche sind geleast und werden später an die Herstellerfirma zurückgegeben, die sie wiederverwendet. Die Abdeckungen in der Küche und die Duschkabinen im Bad wurden aus rezykliertem Glas gefertigt. Die Türgriffe stammen aus einer alten Bank, die Kupferplatten an der Fassade von einem Schulhaus. Für den Bau wurde weder Isolierschaum noch Leim verwendet. Alle Elemente sind gesteckt und geschraubt.

Das Experimentalgebäude NEST (Next Evolution in Sustainable Building Technologies) von Empa und Eawag in Dübendorf verfügt seit April 2018 über die neue Wohneinheit «Urban Mining & Recycling». Dort ist alles aus wiederverwertbaren oder kompostierbaren Materialien konstruiert. Im NEST werden in Einheiten

auf drei Plattformen neue Materialien und Technologien getestet und weiterentwickelt – mit dem Ziel, in Zukunft umweltschonender zu bauen, Materialien wiederzuverwerten und Energie zu sparen. Nicht nur reisen pro Monat rund 1000 Besucherinnen und Besucher nach Dübendorf, um das belebte Labor zu besuchen. Es wohnen auch Menschen darin, um die Materialien auf ihre Praxistauglichkeit zu testen.

«Die neue Wohneinheit», sagt NEST-Geschäftsführer Reto Largo, «könnten zwei Arbeiter mit einem Schraubenzieher abbauen.» Das Ziel ist klar: «Wir wollen die Materialien nach dem Rückbau nicht wegwerfen.»

empa.ch/de/web/next



AG

Der Nase zuliebe

Der Kanton Aargau will die lebenswichtigen Laichgebiete kieslaichender Fische entlang der Flüsse und Bäche schützen. Dazu wurden die funktionierenden Laichgebiete der Äsche, Barbe, Forelle und Nase kartiert. Fischer und Fachleute schritten dazu eigens Gewässerstrecken von über 1000 Kilometern ab. Wissenschaftliche Untersuchungen hatten ergeben, dass das Aussetzen von gezüchteten Jungfischen nicht zur gewünschten Wirkung führt. Mit dem Schutz und der Verbesserung der Naturverlaichung haben die Fische bessere Chancen, zu überleben. Mit Informationstafeln wird die Bevölkerung nun für das Thema sensibilisiert. Und während der Laichzeiten von Dezember bis Mai gilt ein Betretungsverbot.

jagd_fischerei@ag.ch



FR

Frau gegen Klimawandel

Céline Girard will im Kanton Freiburg dem Klimawandel entgegentreten. Dazu entwickelt sie im Rahmen einer neu geschaffenen 80-Prozent-Stelle einen Massnahmenplan, damit der Kanton sich an den Klimawandel anpassen und gegen seine Ursachen vorgehen kann. Erst müssen dazu eine CO₂-Bilanz für den Kanton erarbeitet und die klimabedingten Risiken benannt werden. In der Folge können die Schwerpunkte der Strategie bestimmt werden. Die 36-jährige Biologin hat dafür beste Voraussetzungen: Nach dem Studium spezialisierte sie sich auf dem Gebiet der Anpassung an den Klimawandel und führte unter anderem eine Studie über die klimabedingten Risiken und Chancen für die Freiburger Voralpen und das Jura-Gebirge durch.

celine.girard@fr.ch



TG

Neue Häuser aus alten

Wird ein Haus abgebrochen oder bei einer Sanierung Asphalt aus einer Strasse herausgerissen, landet das Material oft zu grossen Teilen auf Deponien. Und das, obwohl vieles davon noch brauchbar und der Platz auf Deponien ohnehin knapp ist. Heute verhinderten auch Vorurteile und mangelhaftes Wissen den vermehrten Einsatz von Recycling-Baustoffen, sagt Martin Eugster. Der stellvertretende Leiter des Thurgauer Amtes für Umwelt stand einer kantonalen Projektgruppe vor, die entsprechende Gegenmassnahmen erarbeitete. Eine davon: Ab 2019 sollen ein bis zwei Recycling-Vorzeigeprojekte pro Jahr realisiert werden. Ziel dabei ist es, Wissen aufzubauen, das der Kanton auch mit anderen – etwa Gemeinden – teilen will.

martin.eugster@tg.ch



SG

An der Wurzel packen

Seit zehn Jahren werden im Kanton St. Gallen invasive Neophyten bekämpft. Die bisherigen Anstrengungen hätten aber zu wenig bewirkt, so das kantonale Amt für Natur, Jagd und Fischerei. Deshalb gibt nun eine kantonale Strategie 20 Massnahmen vor, die in den nächsten acht Jahren umzusetzen sind. Es gilt der Grundsatz: Fokussieren und koordinieren. So werden ausgewählte Arten an ausgewählten Standorten besonders intensiv bekämpft. Das Einhalten des Verkaufsverbots und der Umgang mit abgetragenen Boden und Grüngut wird kontrolliert. Jede Gemeinde soll über eine Ansprechperson zum Thema verfügen. Zudem haben die Gemeinden ihre Bekämpfungsmassnahmen mit den Nachbargemeinden abzusprechen.

anjf.sg.ch > **Natur und Landschaft** > Invasive Neophyten



ZH

Neuer Fisch-Hotspot

Für den Bau der SBB-Durchmesserlinie in Zürich musste die Sohle der Sihl aus Hochwasserschutzgründen abgesenkt und in den Durchlässen des Hauptbahnhofes ausbetoniert werden. Als ökologische Ersatzmassnahme wurde die Sihlsohle nun aufgewertet. Aus gutem Grund: Die Sihl ist in diesem Gebiet ein fischökologischer Hotspot. Hier sind gefährdete Fischarten wie die Nase, die Äsche und der Schneider zu finden. Neu gibt es unter anderem Fischunterstände und Natursteinblöcke (Findlinge), die das Flussbett strukturieren und die Strömung lenken. Ausserdem wurden Wurzelstöcke und Astbündel befestigt und Kiesbänke geschüttet, um Laichplätze für die bedrohten Äschen und Nasen zu schaffen.

media@bd.zh.ch



GR

Das Feldlerchen-Mekka

Seit Jahrzehnten sinken die Bestände der Feldlerche, auch in der Schweiz. Dies vor allem aufgrund der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung und eines frühen Schnitzeitpunkts. In höheren Lagen ist die Feldlerche jedoch noch immer heimisch. Um deren Überleben längerfristig zu sichern, nahm ein Team der Vogelwarte Sempach im Rahmen des vom BAFU finanzierten Artenförderungsprogramms «Feldlerche» die Bestände am Schamserberg im Naturpark Beverin unter die Lupe. Dort herrscht eine unvergleichlich hohe Feldlerchendichte. Die Studie legt nahe, dass sich das Lebensraum-Mosaik von leicht gedüngten Fett- und Magerwiesen, die extensive Landwirtschaft und der späte Mahdzeitpunkt positiv auf die Population auswirken.

roman.graf@vogelwarte.ch



ZH

Laternen, die den Verkehr lesen

«Ein Licht, das sich den Gegebenheiten anpasst, ist die Zukunft der öffentlichen Beleuchtung.» Der das sagt, ist Jörg Haller. Er muss es wissen: Als Leiter Öffentliche Beleuchtung bei den Elektrizitätswerken des Kantons Zürich (EKZ) war er massgeblich an der Entwicklung des «verkehrsbeobachtenden Lichts» in Urdorf beteiligt, das mit dem Watt d'Or 2018 in der Kategorie Energietechnologien ausgezeichnet wurde.

Dahinter stecken 27 Strassenlaternen an der ein Kilometer langen Ortsdurchfahrt in Urdorf. Dank intelligenter Sensorik lässt sich die Beleuchtung fliessend und sanft den Gegebenheiten anpassen, wobei sich die Lichtstärke stufenlos zwischen 100 und minimal 40 Prozent bewegt – und die Sicherheit jederzeit gewährleistet ist. Bei viel Verkehr ist die Beleuchtung stärker als zu verkehrsarmen Abendstunden. Maximal beleuchtet bleiben

immer die Fussgängerstreifen. Fast ein Drittel Energie kann durch die Lichtsteuerung gespart werden. Zudem werden unnötige Lichtemissionen vermieden, zum Wohle der Anwohner und der nachtaktiven Tierwelt.

«Damit die Steuerung an weiteren solchen Strassen eingesetzt wird, muss sie für die Strasseneigentümer, also die Gemeinden und Kantone, erschwinglich werden», sagt Jörg Haller. «Die Industrie ist hier bereits daran, serienreife Steuerungen zu entwickeln.»

www.bfe.admin.ch > **Das BFE** > Watt d'Or

International



Ringen um den Klimaschutz: Der Schweizer Umweltbotschafter Franz Perrez vom BAFU (mit verschränkten Armen) 2017 im Gespräch mit Xolisa Ngwadla, Verhandlungsführer der afrikanischen Gruppe

Bild: ENB

Ringen um die Pariser Klimaregeln

Auf Einladung der EU, Chinas und Kanadas fand Ende Juni 2018 das sogenannte MOCA-Treffen (Ministerial on Climate Action) statt. Dabei kommen ein- bis zweimal jährlich die internationalen Vertragspartner zusammen, um eine Annäherung in Fragen des Klimaschutzes zu erreichen. Derzeit werden gemeinsame und konkrete Regeln und Richtlinien für die Umsetzung des Pariser Abkommens erarbeitet, die vom 3. bis 14. Dezember 2018 in Katowice (Polen) verabschiedet werden sollen. Das Pariser Abkommen selbst lässt den Vertragspartnern grossen Spielraum bei der Realisation der Bestimmungen. Einheitliche Regeln sind deshalb nötig und erhöhen die Vergleichbarkeit von Emissionsreduktionszielen deutlich.

Die aktuellen Verhandlungen seien vor allem technischer Natur, sagt Veronika Elgart vom BAFU. Darum sei es wichtig, gleichzeitig auf politischer Ebene ein partnerschaftliches Vorgehen bei der Umsetzung des Pariser Abkommens zu bekräftigen. «Es muss eine Balance gefunden werden zwischen harten Regeln, Konsequenzen bei deren Nichteinhaltung und Anreizen für hohe Ambition und Kooperation.» Dass die Schweiz, die weltweit nicht zu den grossen Emittenten gehört, zu den MOCA-Treffen eingeladen ist, deutet gemäss Veronika Elgart darauf hin, dass «unser Land eine relevante Stimme in der Lösungsfindung ist».

Veronika Elgart | Stv. Leiterin Sektion Rio-Konventionen | BAFU
veronika.elgart@bafu.admin.ch

Ziele überprüfen

Die UNO-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung umfasst 17 Ziele (Sustainable Development Goals, SDG), die in den verbleibenden zwölf Jahren zu erreichen sind. Am internationalen Forum HLPF (UN High-Level Political Forum on Sustainable Development) wird jährlich die Zielerreichung überprüft.

Am HLPF-Treffen 2018 im Juli in New York ging es unter anderem um die Themen Wasser (SDG6), nachhaltiges Konsum- & Produktionsverhalten (SDG12) und Biodiversität & Wald (SDG15). In diesen Bereichen ist das BAFU in der Schweiz federführend bei der Umsetzung der nötigen Massnahmen. In einer ministeriellen Erklärung wurde der Stand der Umsetzung der Agenda beurteilt und die Richtung für das künftige Engagement vorgegeben. Das BAFU setzte sich dafür ein, dass die Umweltdimension der nachhaltigen Entwicklung in der Erklärung verankert wurde.

Ferner wurden Länderberichte besprochen, darunter auch jener der Schweiz. Dieser zeigt, dass die Schweiz in verschiedenen Bereichen die Ziele bereits erreicht hat. In anderen braucht es verstärkte Anstrengungen. So nutzt die Schweiz zu viele natürliche Ressourcen. «Würden alle Menschen so leben wie wir, dann bräuchten wir drei Erden um eine Übernutzung zu verhindern», sagt Sebastian König von BAFU.

sustainabledevelopment.un.org

Dr. Sebastian König |
Sektion Globales | BAFU
sebastian.koenig@bafu.admin.ch

Wichtige Termine der internationalen Umweltpolitik

21.–29. OKTOBER 2018

13. Vertragsparteienkonferenz der Ramsar-Konvention zu Feuchtgebieten von internationaler Bedeutung in Dubai (Vereinigte Arabische Emirate)

10.–22. NOVEMBER 2018

14. Vertragsparteienkonferenz der Biodiversitätskonvention in Sharm-El-Sheikh (Ägypten)

19.–25. NOVEMBER 2018

2. Vertragsparteienkonferenz der Minamata-Konvention zu Quecksilber in Genf

Recht



An der Basler Sevogelstrasse wird Tempo 30 eingeführt – auch wegen der Schul- und Kindergartenkinder.

Bild: Bau- und Verkehrsdepartement Kanton Basel-Stadt

Sicherer und leiser mit Tempo 30

In einem rechtlich wegweisenden Entscheid erlaubt das Bundesgericht Tempo 30 auf einer verkehrsorientierten Strasse in Basel.

Im Sommer 2015 publizierte das Basler Bau- und Verkehrsdepartement die Einführung von Tempo 30 in der Sevogelstrasse. Die dauerhafte Temporeduktion soll dem Lärmschutz und der Verkehrssicherheit dienen. Letzteres insbesondere deshalb, weil sich an der Strasse ein Primarschulhaus mit Kindergarten befindet. Im Unterschied zu anderen Tempo-30-Zonen in Basel handelt es sich bei der Sevogelstrasse allerdings um eine verkehrsorientierte Strasse. Das heisst: Sie dient vornehmlich dem Durchgangs- und nicht dem Anwohnerverkehr. Bisher war die Zulässigkeit von Tempo 30 auf solchen Strassen umstritten.

Dagegen wehrten sich denn auch die Sektion beider Basel des Automobil Clubs (ACS) und diejenige des Touring Clubs Schweiz (TCS) mit einem Rekurs, den das Basler Appellationsgericht im Herbst 2016 abwies. Gegen diesen Entscheid legte der ACS beim Bundesgericht Beschwerde ein. Aber auch das stützte den Entscheid des Basler Bau- und Verkehrsdepartements.

Das Bundesgericht stellte fest, dass die Einführung von Tempo 30 auch auf verkehrsorientierten Strassen zulässig sei. Eine permanente Temporeduktion zur Lärmreduktion sei aber nur dann erlaubt, wenn sie verhältnismässig sei. Daher müsse die zuständige Behörde auch andere Massnahmen, wie zum Beispiel einen lärmarmen Belag, prüfen. Das Gericht befand in seinem Urteil die Temporeduktion als eine wirksame, günstige und somit verhältnismässige Massnahme zur Lärmbekämpfung. Und es gestand den Behörden ein etappenweises Vorgehen zu. Damit können diese auch erst in einem zweiten Schritt den Einbau eines lärmarmen Belages prüfen. Das BAFU begrüsst den Entscheid, weil es Tempo 30 als milde und wirksame Lärmschutzmassnahme anerkennt.

Ebenfalls im März 2018 behandelte das Bundesgericht einen vergleichbaren Fall aus dem Raum Zürich und bestätigte in diesem Urteil den Basler Entscheid.

Raumentwicklung

Raumlabor auf Erden

Der Bund engagiert sich für die Qualität unserer Landschaft, die in der Schweiz immer mehr unter Druck gerät. Dazu fördert er eine nachhaltige Raumentwicklung, welche den Landschaftscharakter wahrt – keine einfache Aufgabe. **Text:** Christian Schmidt

In Daniel Arns Büro hängt ein Foto, darauf ein Knopf mit dem Hinweis: «PUSH to start the Revolution». Hat der Knopf mit seiner beruflichen Tätigkeit zu tun? «Nein, überhaupt nicht», sagt der stellvertretende Chef der Sektion Ländlicher Raum beim BAFU. Dennoch drängt sich eine Verbindung auf: Natürlich wäre es wünschenswert, wenn sich alle Konflikte bezüglich der unterschiedlichen Nutzungsansprüche im selben Raum mit einer Daumenbewegung aus der Welt schaffen liessen. Druck kommt von den wuchernden Siedlungen und Verkehrsachsen, von Seiten des Tourismus, von der Landwirtschaft und von allen, die in der Natur Erholung suchen. «Wir haben nur eine Landschaft, aber so viele Ansprüche», fasst Arn zusammen.

Doch Daniel Arn, als Raumplaner den ganzen Tag mit diesen Konflikten beschäftigt, kann keinen Knopf drücken. Um die Probleme anzugehen, muss er

«Modellvorhaben sind ein Experimentierfeld. Wir machen dabei vielfältige Erfahrungen.»

Daniel Arn | BAFU

sich mit den Möglichkeiten der Realität begnügen. Dazu gehören unter anderem die Modellvorhaben des Bundes zur

Förderung einer nachhaltigen Raumentwicklung (siehe Box unten). Die Umsetzung der innovativen Ansätze zeigt, wie anspruchsvoll das Vorhaben ist.

Gerade hat Arn den Schlussbericht zu verschiedenen Projekten erhalten. Titel: «Natürliche Ressourcen klug nutzen». Der Bericht beschreibt und analysiert Versuche, wie sich das Dilemma um die verschiedenen Nutzungsansprüche in Win-win-Situationen verwandeln lässt.

Der Raumplaner blättert darin. Und fasst zusammen: «Wir sind generell auf dem richtigen Weg, doch immer noch unterwegs.» Mit anderen Worten, nicht alle Modellvorhaben erfüllen die in sie gesteckten Hoffnungen. So versucht eines der Projekte, die Wasserknappheit in der Region Seeland anzugehen.

Bereits über 100 Modellvorhaben

Modellvorhaben sind anwendungsorientierte Experimente, mit denen im ganzen Land neue Ansätze und Verfahren zum Thema der nachhaltigen Raumentwicklung erprobt werden. Sie ergänzen die bestehenden Instrumente, ohne ein neues Subventionsgefäss zu schaffen. Acht Bundesämter sind daran beteiligt.

Im Rahmen der Modellvorhaben motiviert der Bund lokale, regionale und kantonale Akteure, Lösungsvorschläge zu entwickeln und vor Ort zu erproben. Was sie erreichen und lernen, wird verankert und zum Vorbild für andere Vorhaben.

Entscheidend für die Auswahl der Modellvorhaben ist, dass ein Projekt eine langfristige Wirkung anstrebt, einen politischen Prozess anstösst und einer besseren Abstimmung der verschiedenen Nutzungsansprüche dient.

2018 wird die dritte Generation von Modellvorhaben abgeschlossen; die nächste Generation ist in Planung. Seit Beginn hat der Bund bereits über 100 Projekte initiiert.

Bericht «Natürliche Ressourcen klug nutzen»
unter modellvorhaben.ch > Publikationen



In der UNESCO-Biosphäre Entlebuch (LU, hier im Gebiet Glaubenberg) soll die vorhandene Biomasse nachhaltiger genutzt werden.

Bild: UNESCO-Biosphäre Entlebuch

Aufgrund der komplexen Ausgangslage – drei Kantone sind beteiligt, eine fundierte Analyse der Situation fehlt – ist noch keine Lösung greifbar; das Projekt muss neu ausgerichtet werden.

Eine ähnliche Situation zeigt sich beim Modellvorhaben in der UNESCO-Biosphäre Entlebuch (LU) zum Thema «nachhaltige Biomassennutzung». Hier soll die lokal vorhandene Biomasse nachhaltiger verwertet werden. Zwar wurde wie geplant eine gemeinsame Strategie entwickelt, allerdings nur um zu erkennen, dass in der Region eine Instanz mit der nötigen Kompetenz fehlt, um die Strategie umzusetzen. Auch hier gilt es nochmals nachzuhaken.

Für den BAFU-Landschaftsspezialisten Arn sind die Schwierigkeiten kein Grund, um am Vorgehen zu zweifeln, im Gegenteil: «Dass man bei Modellvorhaben nie

genau weiss, wie sie herauskommen, gehört zu ihrem Charakter; sie sind ein Experimentierfeld. Wir lernen mit jeder Erfahrung, das ist gut.»

Entwicklung nach innen

Umso mehr freut ihn der Erfolg derjenigen Projekte, die auf Basis einer nachhaltigen Raumentwicklung gleichzeitig eine Wertsteigerung der Landschaft zur Folge haben. Eines ist im Binntal (VS) angesiedelt, Thema «Baukultur und Schutz unverbauter Landschaften». Daniel Arn kennt die Gegend persönlich. Hier, wo die sonnenverbrannten Häuser unter dem Gewicht der übermächtigen Berge eng zusammenrücken und die Nähe der schützenden Kirche suchen, gefällt es ihm. Umgeben sind die Dörfer von Wiesen, deren Blumenmeer die seltenen

Schwarznasenschafe ernährt und die Seelen der Wanderer und Wanderinnen beruhigt.

Doch die Idylle trägt. In den Zeiten des Baufiebers wurden übergrosse Bauzonen ausgeschieden, weshalb Neubauten die Dörfer nun ins Grüne ausfransen lassen, während in den Dorfkernen Gebäude leer stehen – ein Verlust an Attraktivität, der in diesem abgelegenen Tal wirtschaftlich ins Gewicht fällt. Die Geschäftsleiterin des 2011 lancierten Landschaftsparks Binntal, Dominique Weissen Abgottspön, will nun eine «Entwicklung nach innen» erreichen. Das heisst, sie möchte einerseits die Baulücken schliessen, andererseits in den Dorfkernen die alte Bausubstanz retten. Mithilfe des Modellvorhabens gelang es, ein Instrumentarium zu entwickeln, das den Weg zu diesem Ziel ebnet. «Wir sind einen

Wie viel Wert hat unsere Landschaft?

Die Berechnung des ökonomischen Werts von Landschaften ist bei Verhandlungen über die Nutzung mitentscheidend. Nur so lässt sich zeigen, dass Landschaftsqualitäten wirtschaftlich bedeutungsvoll sind. Befragungen von mehreren Tausend Personen zeigen:

- Für die Revitalisierung eines Flusses in ihrer Nähe sind die befragten Personen bereit, pro Jahr bis zu 149 Franken zu zahlen.
- Der Erholungswert eines Waldes ist den ihn Besuchenden pro Spaziergang 9 Franken wert. Der Gesamtwert des Erholungsnutzens der Schweizer Wälder liegt jährlich zwischen 2 und 4 Milliarden.
- Um das heutige Landschaftsbild des Berner Oberlands zu bewahren, erklären sich die Einwohnerinnen und Einwohner bereit, pro Jahr und Person 40 Franken zu investieren.
- Die Zahlungsbereitschaft in- und ausländischer Touristinnen und Touristen für die schweizerische Landschaft ergibt einen Kapitalwert der Landschaft für den Tourismus zwischen 68 und 79 Milliarden Franken.

grossen Schritt vorangekommen», sagt Dominique Weissen. Entsprechend dankbar ist sie dem Bund für sein Engagement: «Uns selbst fehlen die Mittel und damit die Möglichkeiten zu Veränderungen.» Einmal umgesetzt, soll die wiederhergestellte Qualität der Ortsbilder zusätzliche Touristen und Touristinnen anziehen. Das heisst: Die Region kann wieder wachsen.

Für Raumplaner Arn vom BAFU ist dies ein gelungenes Projekt, das zudem über die Region hinausstrahlt: «Das Modellvorhaben hat Beispielcharakter, es lässt sich auf andere Gegenden mit vergleichbarer Problematik übertragen. Genau das wollen wir.»

Geplant und bereits umgesetzt

Ebenso erfolgreich ist ein Modellvorhaben in der Agglomeration St. Gallen-Bodensee, es trägt den gleichermassen

schönen wie programmatischen Titel «Landschaft für eine Stunde». Die Ausgangslage: In der dicht besiedelten Schweiz wachsen die Siedlungen immer mehr. Da bei der Wahl des Wohnorts Erreichbarkeit und Zugänglichkeit von

«Die Schönheit der Landschaften ist ein einzigartiges Kapital.»

Daniel Arn | BAFU

Grün- und Freiräumen weit oben auf der Wunschliste stehen, wird das Thema Naherholung immer wichtiger und ist somit auch ein Standortfaktor.

Das Modellvorhaben untersuchte am Beispiel von vier Gemeinden, wie ihr Umfeld zu attraktiven Orten für Begegnung

und Erholung aufgewertet werden kann. Trotz unterschiedlichen Ansprüchen an die Umgebung fanden sich Lösungen. «Wir haben ein Mitwirkungsverfahren entwickelt, das die verschiedenen Akteure an einen Tisch brachte», sagt Tobias Winiger, Projektleiter des St. Galler Aggloprogramms. Und was man diskutiert habe, sei nicht Papier geblieben. «Die Gemeinden haben konkret geplant und bereits verschiedene Massnahmen umgesetzt.»

Diesen Erfolg bestätigt auch Daniel Arn, der aus der Nähe verfolgt hat, wie dieses Modellvorhaben zustande gekommen ist: «Ein sehr innovatives Projekt mit viel Potenzial.» Auf Basis der gefällten Entscheide kann die Landschaft nun so weiterentwickelt werden, dass die verschiedenen Nutzungsansprüche aneinander vorbeikommen und sich insgesamt eine Verbesserung der Standortqualität ergibt (siehe Box oben).

Weshalb sind einzelne Modellvorhaben erfolgreich, andere weniger? Das hänge oft von der Komplexität der Situation ab, sagt Daniel Arn. Unüberbrückbare Interessenkollisionen würden den Fortschritt erschweren, manchmal zusätzlich verstärkt durch unterschiedliche gesetzliche Ausgangslagen, wenn etwa mehrere Kantone involviert seien. Zudem sei auch das Engagement der Beteiligten mitentscheidend. «Sind ein guter Wille und die Bereitschaft zu Lösungen spürbar, so ist ein grosser Schritt in Richtung einer nachhaltigen Raumentwicklung getan.»

Zusammenfassend stellt Arn fest: Eine sorgfältige Analyse der vorhandenen Landschaftsqualitäten vorausgesetzt, lasse sich «häufig ein Lösungsweg aufzeigen».

Arn ist gespannt auf die Weiterentwicklung der Modellvorhaben. Angesichts des Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums würden sich die Konflikte in Zukunft weiter verschärfen, so seine Prognose. Das beschäftigt den Raumplaner und Naturwissenschaftler. Und so setzt er zu einem Werbespot für die Landschaftsqualität an: «Die

Schönheit der Landschaften ist ein einzigartiges Kapital und gleichzeitig auch Basis für das, was wir alle suchen und brauchen: Identität und Verbundenheit.»

Link zum Artikel

www.bafu.admin.ch/magazin2018-3-09

*Daniel Arn | Sektion Ländlicher Raum | BAFU
daniel.arn@bafu.admin.ch*



Eines der Modellvorhaben ist im Binntal (VS, im Bild das Dorf Ernen) angesiedelt.
Thema: «Baukultur und Schutz unverbaute Landschaften»

Bild: Pedro Rodrigues



Erfolgreiches Förderinstrument

Umweltinnovationen auf die Sprünge helfen

Zahlreiche Firmen und Fachhochschulen tüfteln hierzulande an Technologien zum Schutz der Umwelt. Doch der Weg von der Idee bis zum fertigen Produkt oder zur anwendbaren Dienstleistung ist steinig. Das BAFU hilft seit 20 Jahren. Text: Pieter Poldervaart

Ob für neue Strassen, Geleise oder Industrieanlagen – häufig muss der Untergrund zuerst stabilisiert werden, bevor die eigentlichen Bauarbeiten beginnen können. Üblicherweise wird zur Bodenstabilisierung sogenannter Erdbeton verwendet, der sich aus dem vorhandenen Bodenmaterial sowie aus Zement und gebranntem Kalk als Bindemittel zusammensetzt. 50 000 Tonnen gebrannter Kalk werden in der

«Das BAFU hat die Entwicklung von REBA zur Marktreife ermöglicht.»

Rainer Bunge | HSR

Schweiz pro Jahr für Bodenstabilisierungen benötigt. Doch die Produktion dieses traditionellen Bindemittels ist energieintensiv. «Bei der Herstellung von Zement und Kalk werden beträchtliche Mengen an Kohlendioxid emittiert», sagt Rainer Bunge, Leiter des Instituts für Umwelt- und Verfahrenstechnik an der Hochschule für Technik Rapperswil (HSR).

Doch nun hat Bunge in Kooperation mit der Firma Logbau AG in Bad Ragaz (SG)

eine Alternative zum klimaschädigenden Bindemittel entwickelt. Der Kalk und ein Teil des Zements werden dabei durch Holzasche und Kiesschlamm ersetzt. Asche fällt in Holzkraftwerken in beträchtlichen Mengen an und musste bisher kostspielig entsorgt werden.

Das BAFU hat zur Entwicklung dieses neuen Bindemittels mit Namen REBA (Ragazer Erdbeton-Additiv) massgeblich beigetragen: Mit seiner Umwelttechnologieförderung (UTF) unterstützte es das Projekt finanziell, wodurch unter anderem Praxistests durchgeführt werden konnten.

Die Versuche verliefen positiv. Einerseits überzeugte die Qualität des neuen Bodenstabilisierungsprodukts, andererseits belegten Laboranalysen, dass sein Einsatz nicht etwa zu erhöhten Schadstoffkonzentrationen im Sickerwasser führt. «Die Unterstützung durch das BAFU im Rahmen von knapp 50 Prozent der Entwicklungskosten hat die Weiterentwicklung von REBA zur Marktreife ermöglicht», sagt Rainer Bunge. «2017 konnte die Logbau AG bereits 1500 Tonnen des neuen Bindemittels absetzen.»

Was die Umwelt betrifft, überzeugt REBA gleich in mehrfacher Hinsicht: Bei seiner Herstellung halbiert sich

der CO₂-Ausstoss gegenüber herkömmlichen Bindemitteln. Zudem kann Holzasche, die sonst deponiert werden müsste, wiederverwertet werden. Dasselbe gilt für Kiesschlamm, einen weiteren Bestandteil des Bindemittels. Die Herstellung von REBA wandelt somit zwei Abfälle kostengünstig in ein umweltverträgliches und wertvolles Baumaterial um.

KMU und Fachhochschulen

Das Instrument der Umwelttechnologieförderung (UTF) existiert seit 1997 (siehe Box S. 50); alle fünf Jahre fasst ein Bericht die Tätigkeit des Programms zusammen. Im April 2018 hat der Bundesrat den Bericht «Umwelttechnologieförderung 2012–2016» gutgeheissen.

Das eingangs geschilderte Projekt ist eines von 133 Projekten, die zwischen 2012 und 2016 gefördert wurden. Insgesamt hat die UTF in dieser Fünfjahresperiode Gelder in der Höhe von 19,9 Millionen Franken investiert. Der jüngste Aktivitätsbericht zeigt detailliert, in welchen Bereichen Entwicklungsvorhaben in der Wirtschaft und bei Fachhochschulen unterstützt wurden.

Ein Drittel der Gelder floss in dieser Zeit an kleine und mittlere Unternehmen

(KMU), ein Viertel an Fachhochschulen. Mit knapp 20 Prozent folgten Vereine und Stiftungen und mit gut 11 Prozent öffentliche Institutionen. Thematisch entfielen 45 Prozent auf den Bereich Abfall, Recycling und Rohstoffkreisläufe. Zweitwichtigster Bereich mit gut einem Fünftel der Projekte war der Gewässerschutz. In beiden Themenfeldern hat die

«Sind neue Technologien frei zugänglich, werden sie breiter und rascher angewendet.»

Daniel Zürcher | BAFU

Umweltpolitik für das nächste Jahrzehnt klare Ziele gesetzt. So sollen die Anstrengungen zum Phosphorrecycling aus dem Klärschlamm verstärkt werden, und es sollen Mikroverunreinigungen eliminiert werden, die heute im ungenügend geklärten Wasser von Abwasserreinigungsanlagen in die Umwelt gelangen. «Solche politischen Absichtserklärungen motivieren Forschende und Unternehmen dabei, neue Lösungen und Produkte zu entwickeln. Denn es zeichnet sich ab, dass dafür auch ein Markt entsteht»,

begründet Daniel Zürcher, Leiter der Sektion Innovation im BAFU, die Fokussierung auf einzelne Förderthemen. Der Rest der Pilot- und Demonstrationsprojekte verteilt sich auf die Themen Biodiversität, Luftreinhaltung, Lärmschutz und Gefahrenprävention (siehe Grafik).

Mehr Wettbewerbsfähigkeit

Die UTF fördert nicht nur Pilot- und Demonstrationsprojekte, sondern auch Massnahmen, welche die Ressourceneffizienz generell steigern – und dadurch nicht zuletzt die Schweizer Wirtschaft als Ganzes wettbewerbsfähiger machen. Ein Flaggschiff in der Förderkategorie der flankierenden Massnahmen ist das Netzwerk Ressourceneffizienz Schweiz (Reffnet.ch), das in den letzten vier Jahren Gelder in der Höhe von rund vier Millionen Franken zugesprochen erhielt. Der Verein unterstützt Firmen dabei, sparsamer mit Energie und Rohstoffen umzugehen. So half Reffnet.ch zum Beispiel dem Küchenbauer Franke AG, ein nach ökologischen Gesichtspunkten entworfenes Spülbecken zu entwickeln. Mit Erfolg: Der Energieverbrauch in der Produktion liess sich im Vergleich zu einem herkömmlichen Spülbecken um 75 Prozent senken. Und

auch der Materialbedarf konnte minimiert werden. Pro Spülbecken braucht es heute 6,5 Kilogramm weniger Chromnickelstahl.

Das BAFU spricht seine Förderbeiträge nicht etwa à fonds perdu aus. «Verläuft die Markteinführung erfolgreich, müssen die Antragsteller einen Teil der Subventionen zurückerstatten», erläutert Daniel Zürcher die Funktionsweise der UTF. Seit den Anfängen des Förderinstruments ist so rund eine Million Franken direkt an den Bund zurückgeflossen. Der grösste ökonomische Vorteil sei jedoch nicht die teilweise Rückzahlung der Subventionen, sondern der volkswirtschaftliche Nutzen, betont der Innovationsspezialist. Dazu gehörten Kosteneinsparungen und Effizienzsteigerungen bei Firmen, die so langfristig wettbewerbsfähig blieben sowie die günstigere Beschaffung von Infrastrukturen durch die öffentliche Hand.

Ein Beispiel dafür ist eine zusammen mit der SBB entwickelte Methode, mit deren Hilfe sich Lärmmissionen bei Stahlbrücken vermindern lassen. Bis vor ein paar Jahren mussten diese Eisenbahnbrücken, die vielerorts prägende Elemente im Landschaftsbild sind, des Lärmschutzes wegen oft abgerissen und durch leisere Betonbrücken ersetzt

545 Projekte, 62 Millionen Franken

Seit Beginn des Programms 1997 unterstützte die Umwelttechnologieförderung des BAFU total 545 Projekte mit einer Gesamtsumme von 62 Millionen Franken. Maximal ist ein Zuschuss von 50 Prozent der Projektsomme möglich, im Durchschnitt entspricht die Unterstützung knapp 30 Prozent.

Die rechtliche Grundlage für diese Subvention ist in Artikel 49 des Umweltschutzgesetzes festgelegt. Neben Pilot- und

Demonstrationsprojekten sind auch Gelder für sogenannte flankierende Massnahmen vorgesehen. Damit sollen Ressourceneffizienz und Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft gefördert werden. Auf gemeinsame Projekte von Wirtschaft und Forschung wird zwar Wert gelegt, eine gemischte Trägerschaft ist aber nicht Bedingung für die Annahme eines Gesuchs.

werden. Dies war mit Kosten von 20 bis 25 Millionen Franken pro Brücke verbunden. Dank der neuen Technologie – sie beruht auf dem Einbau gummiartiger Schienenabsorber – können die Stahlbrücken nun in vielen Fällen saniert werden und bleiben erhalten. Und dies erst noch vergleichsweise günstig: Eine Brückensanierung kostet meist weniger als zwei Millionen Franken.

«Open Access»: breite Wirkung

Eine Serie von Projekten über mehrere Jahre wiederum führte zu besseren Partikelfiltern für Dieselmotoren. Dazu waren zuerst Innovationen und Standardisierungen in der Messtechnik von Feinstaub nötig. Erst diese von der UTF mitfinanzierten Entwicklungen ermöglichten es, die kleinsten und schädlichsten Partikel im Dieseleruss zu erfassen.

Das ist eine Voraussetzung dafür, Partikelfilter effizienter zu machen und sie überprüfen zu können. Die Einführung der neuen Filter bewirkte die Abnahme der Feinstaubbelastung in der Luft und schliesslich eine messbare Reduktion von verschmutzungsbedingten Krankheitsfällen.

Durch Umweltinnovationen lassen sich also auch Gesundheitskosten senken, was sich volkswirtschaftlich gesehen in weniger Absenztagen in den Betrieben niederschlägt. Das ergibt letztlich Einsparungen, welche die investierten Fördersummen um ein Mehrfaches übertreffen.

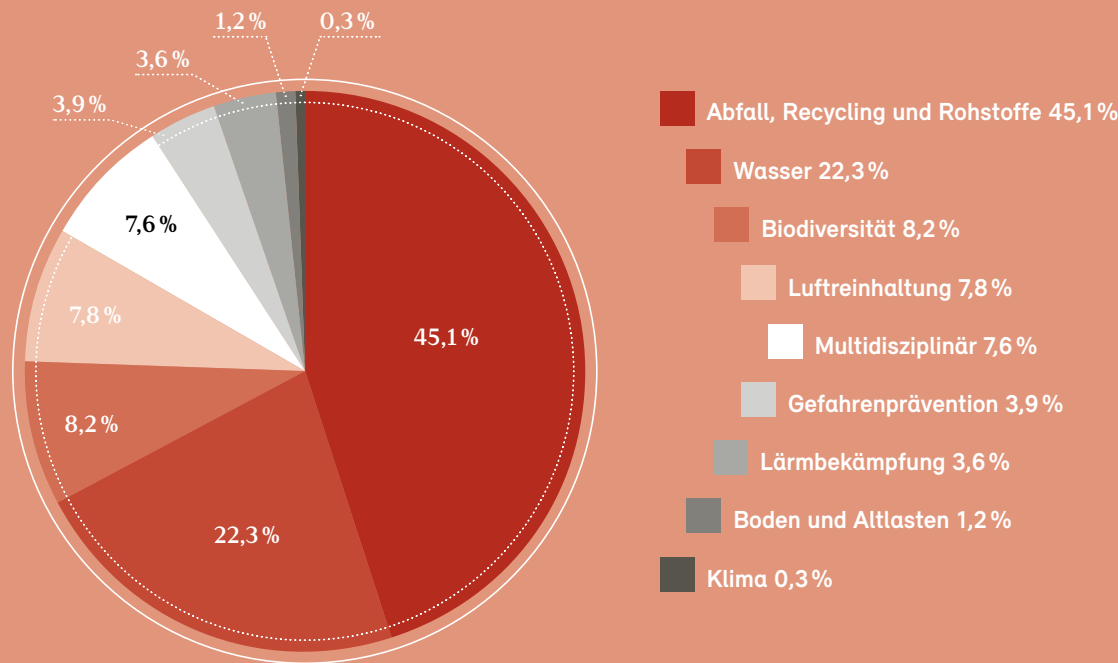
Aus Sicht der Ressourcenschonung und des Umweltschutzes ist entscheidend, dass das neue Wissen von möglichst vielen Anwendern genutzt wird. «Sind die neuen Technologien und Dienstleistungen frei zugänglich», sagt

Daniel Zürcher, «werden sie breiter und rascher angewendet – und ihr ökonomischer und ökologischer Nutzen wird noch grösser.» Deshalb soll künftig bei der UTF der sogenannte Open Access zum Standard werden. Die Resultate der geförderten Forschung und Entwicklung sollen so oft wie möglich allen Interessierten offenstehen.

Link zum Artikel
www.bafu.admin.ch/magazin2018-3-10

Daniel Zürcher | Sektionschef Innovation | BAFU
daniel.zuercher@bafu.admin.ch

VERTEILUNG DER FÖRDERGELDER



Gelungene Sanierungen

Entlastet in die Zukunft

Alte Gewerbeareale sind für die Entwicklung von Städten interessant. Doch die gewerbliche Tätigkeit hat häufig Spuren in Form von belasteten Standorten hinterlassen. Wenn solche Areale eine Gefahr für die Umwelt darstellen, müssen sie saniert werden, bevor sie zum Standort neuer Siedlungen werden können. **Text:** Lucienne Rey

Von Bäumen gesäumte Strassen, weitläufige Sportanlagen und mit dem Bois de Bouleyres auch ein Wald in unmittelbarer Nachbarschaft – das Quartier im Osten des Städtchens Bulle (FR) bietet fraglos beste Wohnqualität, zumal es nur einen Katzensprung vom historischen Zentrum entfernt liegt. In dieser attraktiven Gegend entstehen zurzeit drei Blöcke mit rund 80 neuen Wohnungen. Noch im Lauf dieses Jahres sollten sie bezugsbereit sein, und spätestens mit dem Einzug der Mieterinnen und Mieter wird dann auch ein Schlussstrich unter die längere Auseinandersetzung rund um das Bauterrain der Wohnblöcke gezogen.

Die Gesamtfläche aller belasteten Standorte ist so gross wie der Kanton Zug.

Noch vor Kurzem standen auf dieser Parzelle am Ende des Chemin de Bouleyres die Gebäude der Firma Bultech Précision: ein unscheinbarer gelblicher Block mit einem geduckten Anbau in Waschbeton-Optik und einige Nebenbauten. Das Unternehmen stellte massgefertigte Metallteile her. Hier

wurde geklebt, gelötet, geschweisst und gleitgeschliffen – und dabei kamen Hilfsmittel zum Einsatz, die noch heute Gefahren für Umwelt und Gesundheit bergen. Zum Beispiel flüchtige halogenierte Kohlenwasserstoffe wie etwa Trichlorethylen, das in vielen Lösungsmitteln enthalten war und bereits in kleinen Mengen als krebserregend gilt.

Alter macht verdächtig

Da hier schon seit 1954 Metall bearbeitet wurde, weckte allein das Alter der Produktionsanlage den Verdacht, das Grundstück könnte belastet sein: «Wir müssen davon ausgehen, dass bei gewerblichen Bauten, die vor Inkrafttreten des Umweltschutzgesetzes im Jahr 1985 errichtet wurden, die vorsorglichen Massnahmen oft nicht ausreichen, um eine Gefährdung der Umwelt auszuschliessen», stellt Romano Dalla Piazza fest. Er ist im Amt für Umwelt des Kantons Freiburg (AfU) für die Sanierung von Altlastenstandorten zuständig.

In Bulle wurde diese Befürchtung zur Gewissheit, als am Chemin de Bouleyres eine benachbarte Firma ihren Standort im Hinblick auf einen Eigentümerwechsel auf allfällige Belastungen prüfen liess. Die Untersuchung ergab, dass das Grundwasser, das unter dem Gelände fliesst, belastet war – und dass diese

Verschmutzung von der Parzelle der Firma Bultech ausging.

Im Anschluss wurden der genaue Hintergrund und der Umfang der Belastung am Sitz der Bultech ermittelt. Am Anfang dieser Recherchen stand 2004 die Aufarbeitung der Firmengeschichte. Dabei stellte sich heraus, dass an der Verschmutzung nicht in erster Linie das Unternehmen selbst schuld war. Bis 1989 gehörten die Bultech-Gebäude nämlich der Bankrott gegangenen Firma Decobul, und der grösste Teil der Verunreinigung ist deren Aktivitäten in der Metallverarbeitung zuzuschreiben.

Im Juni 2013 schliesslich stand fest, wo genau sich die Altlast befand. Die Verschmutzung wurde unter einem ehemaligen Lagergebäude der Bultech lokalisiert – in einer Bodenschicht zwischen vier und neun Metern unter der Oberfläche. Dort war zeitweise Grundwasser hochgestiegen, das Lösungsmittel aufgenommen hat in Konzentrationen, die den von der Altlasten-Verordnung (siehe Box S. 54) festgehaltenen Grenzwert um mehr als das Dreifache überstiegen. «Das ist keine sehr gravierende Verschmutzung», relativiert Christiane Wermeille, Chefin der Sektion Altlasten im BAFU. «Es mussten schon Standorte saniert werden, wo die Grenzwerte um das 100 000-Fache überschritten wurden.»

Doch auch geringfügigere Belastungen können auf Dauer Schaden anrichten – zumal, wenn das Grundwasser in Zukunft einmal als Trinkwasser genutzt werden sollte.

Den Boden durchlüften

Um den besten Ansatz für die Sanierungsarbeiten zu wählen, stützte sich der Kanton auf verschiedene Vollzugshilfen des Bundes, insbesondere auf diejenige zur «Erstellung von Sanierungsprojekten für Altlasten» aus dem Jahr 2001 und zur «Evaluation von Sanierungsvarianten»

von 2014. Bei der jüngeren Publikation handelt es sich «um eine Anleitung, die sehr viele Kriterien berücksichtigt, beispielsweise auch den für die Sanierungsmassnahme erforderlichen Energieverbrauch sowie das Verhältnis zwischen Sanierungsaufwand und -ertrag», sagt Romano Dalla Piazza vom Freiburger AfU.

Die konsultierten Vollzugshilfen legten ein zweistufiges Vorgehen nahe: «Wir haben zunächst Pumpen eingerichtet, um zu verhindern, dass allenfalls hochsteigendes Grundwasser die Schadstoffe weiterhin ausspülen könnte», so der

Altlastenexperte. Anschliessend kam ein Venting genanntes Verfahren zum Einsatz. Dabei wurde der belasteten Bodenschicht Umgebungsluft zugeführt, die dann wieder aufgefangen und in einem Aktivkohlesystem gereinigt wurde. Insgesamt entzog man dem Untergrund so rund zehn Kilogramm der problematischen flüchtigen organischen Verbindungen.

Der Bund zahlt mit

Für das Entfernen von zehn Kilogramm Schadstoffen aus der Umwelt mussten



Geschichte der Altlasten-Verordnung

Am 1. Oktober 1998 ist die Verordnung über die Sanierung belasteter Standorte (Altlasten-Verordnung, AltIV) in Kraft getreten. Der Leistungsausweis der 20 Jahre währenden Altlastenbearbeitung kann sich sehen lassen: Der Bund und alle 26 Kantone haben die Kataster ihrer belasteten Standorte erstellt und im Internet publiziert. Von den insgesamt 38 000 ermittelten belasteten Standorten dürften rund 4 000 sanierungsbedürftig sein. Etwa ein Viertel davon wurde bereits saniert. Beim Grossteil der beseitigten Altlasten musste der Untergrund ausgehoben und entsorgt werden; nur bei rund einem Fünftel der Standorte war es möglich, die Schadstoffe wie im Fall der Firma Bultech (siehe Hauptartikel) am Ort selbst zu behandeln und ein sogenanntes In-situ-Verfahren anzuwenden.

Bei etwa der Hälfte der schweizweit verschmutzten Flächen handelt es sich um Standorte von Betrieben, knapp 40 Prozent sind ehemalige Deponien, und 11 Prozent betreffen Schiess-

anlagen. Mit 225 Quadratkilometern ist die Gesamtfläche aller belasteten Standorte etwa so gross wie der Kanton Zug. 63 Prozent aller Standorte befinden sich im Mittelland, wo sich die Bevölkerung und die wirtschaftlichen Tätigkeiten konzentrieren. Auf den Jura entfallen 14 Prozent, die restlichen 23 Prozent verteilen sich auf die übrigen Landesteile. 60 Prozent der Altlasten befinden sich in einem sensiblen Gewässerschutzbereich oder sogar in einer Gewässerschutzzone.

Der Bund beteiligt sich finanziell an der Sanierung von Altlasten und greift dazu auf den sogenannten VASA-Altlastenfonds zurück. Dieser wird von Gebühren gespeist, die beim Entsorgen von Abfällen auf Deponien entrichtet werden müssen; das Kürzel steht für «Verordnung über die Abgabe zur Sanierung von Altlasten». Zwischen 2002 und 2017 wurden 432 Millionen Franken aus dem VASA-Fonds für Untersuchungen, Überwachungen und Sanierungen ausgezahlt oder zugesichert.

gut drei Millionen Kubikmeter Luft sowie 140 000 Kubikmeter Wasser behandelt werden. Die Gesamtkosten für die rund zwei Jahre dauernde Sanierung beliefen sich auf etwa 350 000 Franken. «35 000 Franken pro Kilogramm Schadstoff sind viel Geld», hält Romano Dalla Piazza fest, dem es ein Anliegen ist, öffentliche Mittel sparsam einzusetzen.

«Grenzwerte wurden auch schon um das 100 000-Fache überschritten.»

Christiane Wermeille | BAFU

Gesamthaft investieren Kantone und Bund grosse Beträge in die Behebung von Altlasten. Artikel 32 des Umweltschutzgesetzes hält fest, die Kantone

hätten die Kosten für die Entsorgung von Verunreinigungen zu übernehmen, falls deren Urheber wegen Zahlungsunfähigkeit dazu nicht in der Lage seien – was genau dem Fall der Bankrott gegangenen Firma Decobul in Bulle entspricht. Wie sich zeigte, waren 80 Prozent der Verschmutzung am Chemin de Bouleyres auf sie zurückzuführen, die restlichen 20 Prozent auf die Bultech. Deshalb musste der Kanton Freiburg auch 80 Prozent der Sanierungskosten übernehmen. Geld, das ihm vom Bund zu 40 Prozent wieder zurückvergütet wurde. «Der Beitrag des Bundes ist ein wichtiges Instrument, um die Kantone bei der Beseitigung von Altlasten zu unterstützen», betont denn auch Christiane Wermeille vom BAFU.

Im März 2017 schloss der Kanton die Sanierung ab und gab das Grundstück zur Überbauung frei. Die Firma Bultech konnte mit dem Erlös, den sie aus dem

Verkauf ihres ehemaligen Firmengeländes erzielte, ihr neues und grösseres Produktionszentrum in einer benachbarten Gemeinde finanzieren. Und die Stadt Bulle darf sich heute darüber freuen, dass auf einem ehemals belasteten Standort attraktiver Wohnraum geschaffen wird.

[Link zum Artikel
www.bafu.admin.ch/magazin2018-3-11](http://www.bafu.admin.ch/magazin2018-3-11)

Christiane Wermeille | Sektionschefin
Altlasten | BAFU
christiane.wermeille@bafu.admin.ch

DIE STANDORTTYPEN IM ÜBERBLICK



39%

Ablagerungsstandorte

14 900 bekannte Ablagerungsstandorte belegen eine geschätzte Gesamtfläche von 150 km².



1%

Unfallstandorte

Die Ausdehnung der gut 500 belasteten Unfallstandorte beträgt nur etwa 1 km² (Symbolbild).



11%

Betriebsstandorte

(nur Schiessanlagen und Schiessplätze)

Die 3900 im Kataster erfassten Schiessanlagen gelten ebenfalls als Betriebsstandorte. Ihre belastete Fläche umfasst etwa 20 km². Dabei handelt es sich vor allem um die Kugelfänge.



49%

Betriebsstandorte

(exkl. Schiessanlagen und Schiessplätze)

Die 18 600 belasteten Betriebsstandorte machen eine Fläche von schätzungsweise 60 km² aus.

Verlängerte Fristen

Kampf dem Strassenlärm

Trotz Sanierungspflicht leiden immer noch zahlreiche Menschen unter dem Strassenlärm. Bei dessen Bekämpfung will der Bund die Kantone und Gemeinden auch in Zukunft unterstützen. **Text:** Mike Sommer

Lärm ist nicht einfach ein Ärgernis. Störende Geräusche versetzen den menschlichen Körper in Alarmbereitschaft. Er schüttet Stresshormone aus, das Herz schlägt schneller, und der Blutdruck steigt. Wer während längerer Zeit Lärm ausgesetzt ist, trägt ein erhöhtes Risiko für Herz-Kreislauf-Krankheiten wie Bluthochdruck oder Herzinfarkt. Geschädigt wird nicht nur das Individuum, sondern die ganze Gesellschaft. Allein die volkswirtschaftlichen Kosten des Verkehrslärms (Strasse und Schiene) in der Schweiz werden auf jährlich 1,9 Milliarden Franken geschätzt, wobei 1,56 Milliarden Franken auf den Strassenlärm entfallen. In diesen Zahlen enthalten sind auch die Wertverluste von Immobilien an lärmexponierten Lagen von rund einer Milliarde Franken. Nicht Bestandteil dieser Rechnung sind die durch Verkehrslärm verursachten Gesundheitskosten. Sie betragen 790 Millionen Franken im Jahr.

«Lärmarme Strassenbeläge sind sehr wirksam und in der Westschweiz schon weit verbreitet.»

Sophie Hoehn | BAFU

Mit der Einführung von Lärmgrenzwerten und der Sanierungspflicht für die Inhaber der Strassen hat der Bund bereits in den 1980er-Jahren Gegensteuer gegeben. Die damals gesetzten Sanierungsfristen erwiesen sich allerdings als zu optimistisch und wurden 2004 verlängert. Doch auch die neuen Fristen für die Nationalstrassen (31. März 2015)

sowie für die Haupt- und die übrigen Strassen (31. März 2018) sind verstrichen, ohne dass die Sanierungspflicht erfüllt wurde. Längst ist auch klar, dass die einst geschätzten Sanierungskosten von vier Milliarden Franken zu tief angesetzt worden sind. Zwar haben zahlreiche Sanierungsmassnahmen Wirkung gezeigt, doch Bevölkerungswachstum, zunehmende Mobilität und die Verdichtung in den Siedlungsgebieten verschlechtern die Lärmsituation gleichzeitig wieder. Auch schwerere Autos und breitere Reifen verursachen einen höheren Geräuschpegel. Es zeigt sich immer mehr, dass der Kampf gegen den Strassenlärm eine Daueraufgabe ist und an der Quelle stattfinden muss – dort, wo der Lärm entsteht.

An der Quelle bekämpfen

Angesichts dieser Erkenntnis stellt sich die Frage, wie Lärmsanierungen langfristig finanziert werden sollen. Bisher beteiligte sich der Bund an den Kosten der Kantone und Gemeinden für Lärmschutzmassnahmen. Bei den Hauptstrassen geschah dies im Rahmen der Globalbeiträge aus Mitteln der zweckgebundenen Mineralölsteuer und der Nationalstrassenabgabe an die Kantone. Bei den übrigen Strassen hatten die Kantone Anrecht auf Beiträge an die Sanierungskosten zwischen 20 bis 30 Prozent. Seit 2008 kommt das Instrument der Programmvereinbarungen (PV) zur Anwendung, die das BAFU mit den Kantonen abschliesst. Es beinhaltet bisher Bundesbeiträge von rund 30 Millionen Franken pro Jahr. Für Sophie Hoehn, Sektionschefin Strassenlärm beim BAFU, haben sich die PV bewährt: «Sie erlauben uns eine wirksame Steuerung und Kontrolle der Lärmsanierungen



Bei störendem Lärm schüttet der Körper Stresshormone aus, das Herz schlägt schneller, und der Blutdruck steigt.

Bild: Diego Cervo

auf den übrigen Strassen. Für Massnahmen an der Quelle wie den Einbau von lärmarmen Belägen oder Temporeduktionen gewähren wir höhere Beiträge als für Massnahmen auf dem Ausbreitungsweg wie Schallschutzwände oder für sogenannte Ersatzmassnahmen.» Denn es bringe langfristig mehr, den Lärm an der Quelle zu bekämpfen anstatt nur mit Massnahmen auf dem Ausbreitungsweg oder mit Ersatzmassnahmen wie schalldämmenden Fenstern. Solche Massnahmen bringen zwar den Lärm nicht zum Verschwinden, schaffen aber Erleichterung für die lärmgeplagten Menschen.

Verordnung angepasst

Mit dem Ablauf der dritten PV-Periode (2015–2018) entfiel Ende März 2018 die Rechtsgrundlage, um die Kantone finanziell zu unterstützen. Aufgrund einer 2016 vom Parlament überwiesenen Motion von Ständerat Filippo Lombardi (CVP) hat der Bundesrat jetzt aber die Lärmschutz-Verordnung angepasst und die dritte PV-Periode verlängert. Damit sind die Voraussetzungen für weitere Beitragszahlungen bis Ende 2022 gegeben. Dem Bund entstehen dabei keine Mehrkosten. Ursprünglich hatte er Ausgaben von rund 300 Millionen Franken im Rahmen der drei PV-Perioden budgetiert. Die bis Ende März 2018

von den Kantonen nicht beanspruchten 51 Millionen Franken stehen nun für die kommenden vier Jahre zur Verfügung. Unabhängig davon erhalten die Kantone im Rahmen der unveränderten Globalbeiträge weiterhin Bundesgelder für die Lärmsanierungen auf ihren Hauptstrassen.

Mehr noch als in der Vergangenheit will der Bund darauf hinwirken, dass die knappen Finanzmittel für Lärmsanierungen wirkungsvoll eingesetzt werden. «Wir werden Massnahmen an der Quelle weiterhin bevorzugen», sagt Sophie Hoehn. «In der Deutschschweiz haben einige Kantone immer noch Vorbehalte gegen lärmarme Strassenbeläge, obschon diese aus unserer Sicht sehr wirksam und in der Westschweiz schon weit verbreitet sind. Im Rahmen der Programmvereinbarungen können wir hier Gegensteuer geben.»

Lärmschutz dient allen

Doch wie geht es mit der Lärmbekämpfung nach 2022 weiter? Der von Nationalrat Guillaume Barazzone (CVP) per Postulat geforderte und vom Bundesrat im Juni 2017 verabschiedete «Nationale Massnahmenplan zur Verringerung der Lärmbelastung» gibt die Stossrichtungen vor: Reduktion der Lärmemissionen an der Quelle, neue Instrumente

zur besseren Abstimmung der Siedlungsentwicklung mit den Ruhebedürfnissen der Bevölkerung sowie ein systematisches Monitoring der Lärmbelastung und eine verstärkte Sensibilisierung der Öffentlichkeit.

Im Bereich des Strassenverkehrs möchte die Landesregierung die bisherige Strategie fortsetzen und mit lärmarmen Strassenbelägen und durch die Förderung von «betrieblichen Lärmbegrenzungs-massnahmen» (z.B. Temporeduktionen) vor allem Massnahmen an der Quelle fördern. Das BAFU hat zudem den Auftrag, zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen die bewährten Programmvereinbarungen weitergeführt und die weiteren Bundesbeiträge an die Kantone finanziert werden können. Angestrebt wird eine verursachergerechte und haushaltsneutrale Finanzierung.

Sophie Hoehn ist zuversichtlich, dass sich Lösungen finden werden. Die Kantone und Gemeinden

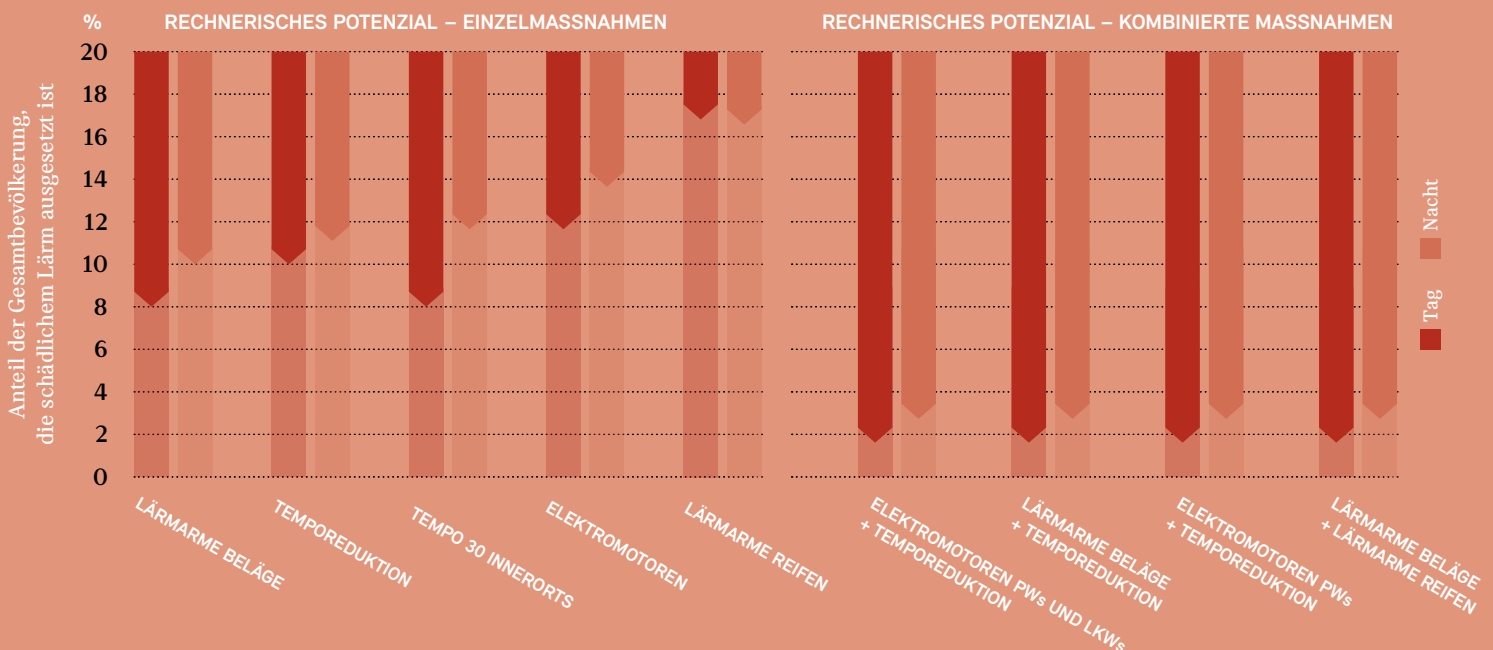
hätten ein Interesse daran, dass es beim Lärmschutz vorwärtsgehe. Insbesondere die Städte profitieren von einer Reduktion der Lärmbelastung. So könnten sich etwa in der Raumplanung neue Spielräume auftun, welche die innere Verdichtung der Siedlungsgebiete erleichtern. Und nicht zuletzt verbessern sich in Gebieten, die von übermässigen Lärmemissionen befreit worden sind, Gesundheit und Lebensqualität – und damit auch die Standortattraktivität.

Link zum Artikel
www.bafu.admin.ch/magazin2018-3-12

*Sophie Hoehn | Sektionschefin
 Strassenlärm | BAFU
 sophie.hoehn@bafu.admin.ch*

LÄRMSCHUTZMASSNAHMEN IM STRASSENVERKEHR: POTENZIAL VON MASSNAHMEN AN DER QUELLE

Beispiel: Beim Einsatz von lärmarmen Belägen könnte der Anteil der Menschen, die heute schädlichem oder lästigem Lärm ausgesetzt sind, tagsüber von 20 auf 8 Prozent gesenkt werden – und in der Nacht auf 10 Prozent.



Quelle: BAFU

Bundesbaustellen

Umweltkontrollen mit Augenmass

Umweltrecht auf Baustellen durchzusetzen, kann schwierig sein. Auch wenn Bundesbehörden die Baubewilligung erteilen, wurden die Bestimmungen in der Vergangenheit nicht immer eingehalten. Ein neues System soll das ändern. Text: Peter Bader

«Die neue Regelung ist vielversprechend. Sie sorgt für einheitliche und schnellere Verfahren», sagt Alexander Imhof. Der Vorsteher des Amtes für Umweltschutz des Kantons Uri muss es wissen. Denn im Kanton Uri gab und gibt es diverse grosse Bauprojekte, bei denen der Umweltschutz sehr genau im Auge behalten werden muss. Dazu gehörten die Baustellen des Gotthard-Basistunnels oder derzeit die der Strassensanierung in der Schöllenen-schlucht zwischen Göschenen und

«Hatte man sich endlich geeinigt, waren die ersten Schäden schon angerichtet.»

Alexander Imhof | Amt für Umwelt Kanton Uri

Andermatt, aber auch diejenigen für die neuen Ski-Infrastrukturen in Andermatt. Diesen Baustellen ist eines gemeinsam: Der Bund erteilt die Baubewilligungen, in den erwähnten Fällen vertreten durch das Bundesamt für Verkehr (BAV) und das Bundesamt für Strassen (ASTRA). Aber nicht alle Bundesbaustellen sind so spektakulär. So ist das BAV etwa auch Bewilligungsbehörde für die Sanierung von Bahnübergängen oder das Bundesamt für Energie (BFE) für die Montage neuer Hochspannungsleitungen.

4000 Baustellen pro Jahr

Jährlich bewilligen Bundesbehörden rund 4000 solcher Bauprojekte; die meisten davon entfallen auf das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK). Dadurch sind die Ämter des UVEK beziehungsweise dessen Generalsekretariat auch verantwortlich für den Vollzug der Umweltgesetzgebung auf diesen Baustellen. Doch weil es an Ressourcen und klar strukturierten Vorgaben fehlte, konnten in den letzten Jahren nur wenige Kontrollen durchgeführt werden. Überprüft wird vor allem der Schutz von Gewässern, Grundwasser, Boden und Luft, aber auch die Einhaltung der Lärmvorschriften.

Nun soll sich an der unbefriedigenden Kontrollpraxis etwas ändern: Mit einer Absichtserklärung haben sich das UVEK und die Kantone, vertreten durch die Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz (BPUK), auf ein standardisiertes Kontrollverfahren geeinigt. Davon verspricht sich nicht nur Alexander Imhof aus dem Kanton Uri einiges. Auch für die BPUK-Generalsekretärin Christa Hostettler ist der neue Standardprozess eine gute und praxisorientierte Grundlage, weil bei dessen Erarbeitung «die Bedürfnisse von Fachleuten vor Ort auf den Baustellen» berücksichtigt worden seien.

Um zu verstehen, warum es in der Vergangenheit mit den Umweltkontrollen auf UVEK-Bundesbaustellen harzte, lohnt sich ein Blick zurück. Bereits 2009 schlossen Bund und Kantone eine Vereinbarung ab, wonach Letztere die Umweltkontrollen auf Bundesbaustellen übernehmen sollen. Das ist auch durchaus sinnvoll, da die Bundesbehörden zum einen in vielen Fällen nicht genügend Personal haben, um diese Aufgabe zu übernehmen. Zum anderen sind für die Kantonsbehörden vor Ort die Wege kurz. So weit die Theorie. «In der Praxis aber», sagt Christoph Wenger von der Abteilung Recht des BAFU, «hat sich diese Absichtserklärung nicht bewährt.» Im Schnitt seien jährlich nur rund fünf Vereinbarungen zwischen Bund und Kantonen zustande gekommen; und dies erst noch unter unterschiedlichen Bedingungen, insbesondere was die finanzielle Abgeltung der Kantone durch den Bund betrifft. Und die Verhandlungen hätten viel zu lange gedauert, ergänzt Alexander Imhof. «Hatte man sich endlich geeinigt, waren die ersten Umweltschäden zum Beispiel an den Böden schon angerichtet.»

«Pragmatisch und einheitlich»

Es musste sich also etwas ändern. Deshalb gab das BAFU 2015 eine

Studie in Auftrag, welche die Situation analysieren und daraus Lösungsansätze ableiten sollte. Die Ingenieurgemeinschaft polyexploit/csd/ecoptima hielt im Schlussbericht dieser Studie fest, dass «die heutige Praxis in der Schweiz trotz gewisser Mängel bereits einen guten Standard» aufweise. Gleichwohl kontrollierten die zuständigen Bundesbehörden die Einhaltung des Umweltrechts und der umweltrechtlichen Auflagen bei Bundesbaustellen «nicht im notwendigen Umfang». Deshalb schlugen die Autoren einen neuen Standardprozess vor. Dieser vereinheitlicht und verkürzt die Verhandlungen zwischen Kantonen und Bundesbehörden mit einer Mustervereinbarung. Übernehmen die Kantone die Umweltkontrollen, werden sie vom Bund auch alle gleich entschädigt.

«Für Kontrollen gilt: So viel wie nötig, so einfach wie möglich.»

Christoph Wenger | BAFU

Die Kontrollen sollen pragmatisch und dem Risiko für die Umwelt entsprechend erfolgen. «So viel wie nötig, so einfach wie möglich», bemerkt der BAFU-Vollzugsspezialist Christoph Wenger. Denn von den jährlich rund 4000 Bundesbaustellen ist die Umwelt nur bei etwa 750 gefährdet. Kommt dazu: Bei 80 Prozent dieser Fälle ist zudem die Umweltrelevanz gering, da es sich um Kleinbaustellen handelt. Neu sieht der Standardprozess auf solchen Bauplätzen lediglich Stichproben zur Kontrolle vor. Bei weiteren 18 Prozent der Baustellen ist die Umweltgefährdung mittel. Hoch ist sie bei gerade mal zwei

Prozent. Zu dieser Gefährdungsgruppe zählen auch die Bauten, welche die Umwelt derart gefährden, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) Pflicht ist.

Die neue Regelung sieht nun ein differenziertes Vorgehen vor: Bei mittlerer Gefährdung soll die Häufigkeit der Kontrollen dem Risiko angepasst werden. Ist die Gefährdung hoch, muss die Überprüfung in jedem Fall umfassend sein. In beiden Fällen wird die Kontrollaufgabe jeweils vom zuständigen Bundesamt an den betroffenen Kanton delegiert. Kann der Kanton diese Aufgabe nicht übernehmen, muss das Bundesamt die Kontrollen selbst durchführen. Die Stichproben bei Projekten mit geringer Umweltgefährdung werden in der Regel von den Bundesämtern selbst durchgeführt; sie können diese Aufgabe jedoch auch an ein privates Expertenbüro delegieren. Der neue Standardprozess sieht ebenfalls vor, dass die Abschätzung des Kontrollaufwands und der entsprechenden Kosten frühzeitig erfolgt und bereits vorhandene Instrumente – wie etwa Umweltbaubegleitungen – berücksichtigt werden. Beendet ist der Kontrollprozess erst, wenn auch die nachgelagerten Arbeiten wie zum Beispiel die sogenannte Erstpflege von Revitalisierungen erfolgreich abgeschlossen sind.

Kosten begrenzen

Mit der neuen Vereinbarung will das UVEK nicht zuletzt auch die Kosten für die Umweltkontrollen auf ein vernünftiges Mass begrenzen: Sie sollen jährlich nicht mehr als drei bis vier Millionen Franken betragen. Das ist weniger als ein halbes Promille der zehn Milliarden Franken, die im Schnitt jedes Jahr auf UVEK-Baustellen ausgegeben werden.

Im Oktober 2017 setzten Umweltministerin Doris Leuthard und BPUK-Präsidentin Jacqueline de Quattro ihre Unterschriften unter die Absichtserklärung. Die Baudirektorin aus dem Kanton Waadt ist zufrieden mit der Lösung, weil sie die Zusammenarbeit «einfacher und effizienter» mache.

Ob die Absichtserklärung auch vor Ort auf den Baustellen Früchte trägt, wird sich weisen. Das BAFU wertet die Erkenntnisse aus den Kontrollen auf Bundesbaustellen mit mittlerer und hoher Umweltrelevanz regelmässig aus und schlägt gegebenenfalls Änderungen beim Standardprozess vor.

Link zum Artikel
www.bafu.admin.ch/magazin2018-3-13

*Christoph Wenger | Leiter Koordination Vollzug
und Aufsicht | BAFU
christoph.wenger@bafu.admin.ch*



Blick über die Baustelle für die Neue Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT)
im Jahr 2013 in Erstfeld Richtung Bristen (UR)

Bild: Flurin Bertschinger | Ex-Press

Aus dem BAFU



Die Mobilität, das Wohnen und die Ernährung stehen im Fokus des Berichts «Umwelt Schweiz 2018».

Bericht «UMWELT SCHWEIZ 2018»

Im Bericht «Umwelt Schweiz 2018» wird eine Gesamtschau zum Zustand und zu den Entwicklungen der Umwelt präsentiert. Der alle vier Jahre erscheinende Bericht dokumentiert, welche Massnahmen für unterschiedliche Umweltthemen wie zum Beispiel Boden, Wasser, Luft, Wald und Ruhe bisher ergriffen wurden und wo noch Handlungsbedarf besteht. Zudem stellt die Ausgabe 2018 Zusammenhänge in den Vordergrund: Ausgehend von Mobilitätsbedürfnissen, dem Wohnen und den Ernährungsgewohnheiten zeigt sie Umweltbelastungen auf und diskutiert Lösungsansätze. Zusammen mit dem gedruckten Bericht werden auch die Webseiten des BAFU aktualisiert und die Indikatoren mit den neusten Zahlen ergänzt. Ebenfalls in Vorbereitung ist ein Internetauftritt für die breite Öffentlichkeit mit Informationen rund ums Wohnen, die Ernährung und die Mobilität. Der Umweltbericht 2018 wird voraussichtlich am 21. November 2018 vom Bundesrat verabschiedet, im Dezember dann erscheint der Bericht in gedruckter Form.

Impressum

Das Magazin «die umwelt | l'environnement» des BAFU erscheint viermal jährlich und kann kostenlos abonniert werden.

Leserservice

www.bafu.admin.ch/leserservice | Stämpfli AG, Abomarketing,
Wölflistrasse 1, 3001 Bern | +41 31 300 64 64

Herausgeber

Bundesamt für Umwelt (BAFU). Das BAFU ist ein Amt des Eidg. Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK), www.bafu.admin.ch, info@bafu.admin.ch.

Projektoberleitung

Marc Chardonnens, Eliane Schmid

Konzept, Redaktion, Produktion

Jean-Luc Brühlhart (Gesamtleitung), Robert Stark (Stellvertretung), Lucienne Rey (Dossier), Kaspar Meuli (Weitere Themen), Joël Käser und Kevin Wong (online), Tania Brasseur Wibaut (Koordinatorin Romandie), Valérie Fries (Redaktionssekretariat)

Externe journalistische Mitarbeit

Nicolas Gattlen, Beat Jordi, Gregor Klaus, Kaspar Meuli, Cornélia Mühlberger de Preux, Pieter Poldervaart, Lucienne Rey, Christian Schmidt, Mike Sommer, Jacqueline Dougoud (Lektorat, Korrektorat Dossier und 360° Einzelthemen, Übersetzungen), Chantal Frey (Lektorat, Korrektorat 360° Rendez-vous)

Visuelle Umsetzung | Grafiken | Illustrationen

FRANZ&RENÉ AG | Bern

Redaktion

textatelier.ch | Biel

Redaktionsschluss

15. Juni 2018

Redaktionsadresse

BAFU, Kommunikation, Redaktion «die umwelt», 3003 Bern,
Tel. +41 58 463 03 34 | magazin@bafu.admin.ch

Sprachen

Deutsch, Französisch;
Italienisch (nur Dossier) ausschliesslich im Internet

Online

Der Inhalt des Magazins (ohne Rubriken) ist abrufbar unter www.bafu.admin.ch/magazin

Facebook

facebook.com/UmweltMag

Auflage dieser Ausgabe

44000 Exemplare Deutsch | 17000 Exemplare Französisch

Papier

Refutura, rezykliert aus 100 % Altpapier, FSC-zertifiziert mit Blauem Engel, VOC-arm gedruckt

Schlusskorrektur, Druck und Versand

Stämpfli AG | Bern

Copyright

Nachdruck der Texte und Grafiken erwünscht, mit Quellenangabe und Belegexemplar an die Redaktion

ISSN 1424-7186

Meine Natur



Bild: Janneke van der Hagen

Priska Zemp alias **Heidi Happy** (38), Sängerin und Multiinstrumentalistin, wuchs in Dagmersellen (LU) auf. Erst liess sie sich zur Primarlehrerin ausbilden, später schloss sie in Amsterdam (NL) eine Kunstschule mit dem Bachelor ab. 2005 gab sie ihr erstes Konzert als Heidi Happy. Mit ihrer warmen Stimme und dem unkonventionellen Songwriting macht sie sich seither in der Schweiz und im Ausland einen Namen. Sie arbeitet immer wieder mit anderen Künstlern zusammen (z.B. Yello, Stephan Eicher).

In jeder Ausgabe von «die umwelt» äussert sich in dieser Kolumne eine Persönlichkeit zum Thema «Meine Natur».

Ein schmaler Schotterweg führte am Haus vorbei, in dem ich aufwuchs. Er war ein beliebter Durchgang für Fussgänger, Radfahrer und, unerlaubterweise, Töfflibuben. Vor allem Letztere ärgerten meinen Vater, der sich bei ihrer Durchfahrt nicht zu schade war, um aus dem Haus zu rennen und ihnen «Hee, da isch es Fahrverbot!» hinterherzurufen. Selten sah ich ihn so aufgebracht. Nur einmal, als ich im Sommer Vogelfutter ins Nest bei der Lärche legte. Das Schlimme war nicht die Tat an sich, sondern dass ich sie abstritt. Nach seiner Frage, wer denn so dumm sei, im Sommer die Vögel zu füttern, schien es mir einfach unmöglich, «Ich!» zu rufen. Blöderweise hatte ich einer benachbarten Freundin davon erzählt. Sie klingelte wenig später an unserer Haustür, um es zu berichten.

Hingegen war er jeweils mit Stolz erfüllt, wenn er mit einer Portion Müll, die er auf dem Schotterweg eingesammelt hatte, nach Hause kam. Meiner Mutter wäre es lieber gewesen, wenn er sich im eigenen Haus so konsequent für Recht und Ordnung eingesetzt oder wenigstens die frischen Blumen bemerkt hätte, die sie sich selber zum Valentinstag gekauft hatte.

Grundsätzlich waren sich meine Eltern aber einig, wenn es darum ging, der Umwelt Sorge zu tragen. Das Auto durfte nicht protzig sein, und über den tiefen Kilometerstand am Ende des Jahres freuten sich beide. Das Gemüse war saisonal und kam vom benachbarten Bauernhof oder aus dem Garten, die Forellen vom Züchter im Dorf. Resten wurden stets wiederverwertet, die Abfalltrennung wurde kultiviert, das Waschmittel war abbaubar. Auch Kleider wurden nachgetragen, und das Wissen, dass Umweltschutz etwas mit Intelligenz zu tun hat, hielt uns Kinder davon ab, gewisse Wünsche, wie später mal ein Töffli zu besitzen, nur schon anzudenken.

Während meines Austauschjahrs in den USA wurde ich zum ersten Mal mit einer kompletten Ignoranz der Umwelt gegenüber konfrontiert. Das Auto wurde vom Haus aus mit der Fernbedienung vorgeheizt, und es gehörte zum guten Ton, mit 16 ein eigenes Auto zu besitzen und damit jede freie Minute mit Freunden auf der Rückbank «rumzucruisen». Der Höhepunkt war jeweils das Brückenspringen, bei dem man so schnell über eine kleine Brücke raste, dass das Auto abhob und man in der Luft «Whohooo!» rief.

Dass meine Gastmutter frisch kochte, war mein grosses Glück. Wobei das hiess, dass sie eine Kartonbox kaufte, in welcher sich ein Plastikbeutel mit Reis, einer mit Fleisch und einer mit Gemüse befand. Das alles wurde dann liebevoll in der Mikrowelle aufgewärmt. Andere Austauschstudenten ernährten sich ein Jahr lang von Hamburgern.



Quelle: Shutterstock

Vorschau

Chemikalien sind aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Es braucht sie zur Herstellung von Produkten wie Baumaterialien, Smartphones oder Textilien. Und sie sind Bestandteile von Putzmitteln, Farben, Medikamenten, Düngern und Pflanzenschutzmitteln sowie unzähligen weiteren Erzeugnissen. In Europa sind rund 100 000 verschiedene chemische Stoffe auf dem Markt. «die umwelt» befasst sich in ihrer nächsten Ausgabe mit Chancen und Risiken von Chemikalien. Und wir zeigen, wie Behörden und Wirtschaft den stark gewachsenen Ansprüchen der Bevölkerung an die Sicherheit begegnen.